

Afghanistan 1979-1989

Ted Grant: Die Heuchelei der frommen Entrüstung des Imperialismus Afghanistan — warum die russische Bürokratie einmarschierte (Januar 1980)

[Militant, 18. Januar 1980]

In der internationalen Reaktion auf die Ereignisse in Afghanistan kann man die grundlegenden nationalen Gegensätze und Klassenkonflikte sehen, die in der kapitalistischen Welt wirksam sind. Für die fortgeschrittenen ArbeiterInnen in den ArbeiterInnen- und sozialistischen Bewegungen der Welt ist es entscheidend, diese Dinge klar zu verstehen, um die Argumente der kapitalistischen Politiker zu beantworten.

Bevor wir jedoch Fragen der Diplomatie und Machtpolitik behandeln, ist es nötig, kurz die Entwicklung der Revolution in Afghanistan zu skizzieren.

Afghanistan ist ein gebirgiges Land, wo ein Fünftel des Landes bebaut werden kann und mit einer Bevölkerung von nur 20 Millionen in einem Gebiet, das so groß wie Frankreich ist. Seine strategische Lage setzt es oft ausländischen Invasionen aus. In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts blieb es ein weitgehend feudaler Staat.

Trotzdem ist dieses abgelegene Land in feudalen Ketten und voll Aberglauben unvermeidlich unter den Druck der modernen Welt gekommen.

Auf der Grundlage der alten Feudalbeziehungen gab es keine Möglichkeit des Fortschritts. Etwa 97 Prozent der Frauen und 90 Prozent der Männer waren AnalphabetInnen. Etwa 5 Prozent der Grundeigentümer gehörte mehr als 50 Prozent des fruchtbaren Landes. Es gab keine Eisenbahnen und erst in den letzten 20 Jahren hat das Land mit russischer Hilfe ein Straßensystem bekommen.

Geschichtlich war Afghanistan ein Puffer zwischen Russland und dem britischen Imperialismus. Mit dem Zusammenbruch der britischen Macht auf dem indischen Subkontinent wurde der Einfluss des Imperialismus durch den der Sowjetbürokratie ersetzt.

Die Bürokratie unterstützte zuerst das monarchistische Regime und dann, als das von Daud gestürzt wurde, dessen Regime. Bei der chronischen Sackgasse des afghanischen Gesellschaftssystems hatte der Druck des Kapitalismus und Stalinismus an seinen Grenzen unausweichlich eine ungeheure Wirkung auf das Land.

Im April 1978 führten die Bedingungen von Massenelend und der Korruption des Daud-Regimes zu einem proletarisch-bonapartistischen Putsch. Proletarischer Bonapartismus ist ein System, in dem Großgrundbesitz und Kapitalismus abgeschafft sind, aber in dem die Macht nicht in die Hände des Volkes übergegangen

ist, sondern von einer Einparteien-Militär- und Polizeidiktatur ausgeübt wird.

Putsch vom April 1978 stürzte Daud

Dem Putsch ging Dauds Versuch der Unterdrückung aller Opposition voraus. Sein gestürztes Regime war ein feudalbürokratisches Einparteienregime gewesen. Die kleine Arbeiterklasse des Landes hatte keine Gewerkschaften.

Wenn die Revolution die gesunde Form einer Bewegung der Massen selbst angenommen hätte, wäre das Ergebnis sehr von dem verschieden gewesen, was tatsächlich in Afghanistan passierte. Der Putsch vom April 1978 beruhte auf einer Bewegung der Armee-Elite und der Intellektuellen und der führenden Schichten der Freiberufler aus der Mittelschicht in den Städten.

Sie organisierten den Putsch zunächst als Vorbeugemaßnahme gegen vorbereitete Versuche zur Vernichtung von ihnen und ihren Familien. Sie handelten zur Selbsterhaltung, aber auch mit der Idee, Afghanistan in die moderne Welt zu bringen.

Nach der Machtübernahme schafften sie die Hypotheken und andere Schulden der BäuerInnen ab, die völlig von den Wuchern beherrscht wurden, und führten eine Bodenreform durch. Gleichzeitig kündigten sie die Verstaatlichung von „allem, bei dem sich die Verstaatlichung lohnt“ an.

Aber anders als die äthiopische Elite schickten sie nicht Tausende von Studierenden von einem Ende des Landes ins nächste, in alle Täler und Berge in ganz Afghanistan, um die Reformen zu erklären. Folglich war es den Massen der Bauernschaft nicht klar, was der Nutzen der Aprilrevolution für sie sein würde.

Eine Revolution im klassischen Sinne beginnt mit den Massen unten und umfasst die Mehrheit der Bevölkerung. Aber in diesem Falle begann die Revolution an der Spitze und die in den Städten wohnenden Intellektuellen waren von der auf dem Land und in den Bergen wohnenden überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung isoliert.

Unter anderen angestifteten Reformen war die Abschaffung des „Brautpreises“, des Verkaufs von Frauen an den künfti-

gen Ehemann zum Nutzen der Familie, gewöhnlich des männlichen Familienoberhaupts. Das Programm zur Abschaffung des Analphabetismus umfasste obendrein sowohl Frauen als auch Männer. Das lehnte der rückständige und reaktionäre Teil der Bevölkerung heftig ab. Moslemische Reaktionäre, Mullahs, Monarchisten, Großgrundbesitzer und verschiedenes Gesindel nutzte das und den Aberglauben der Bauernschaft und Stammesangehörigen aus den Bergen und begann sich innerhalb von zwei Jahren für einen Guerillakrieg gegen das Regime in Kabul zu organisieren.

Seit undenklichen Zeiten hatte die Regierung in Kabul nur einen schwachen Zugriff auf die Bergstämme. Und dies galt auch für die neue revolutionäre Regierung unter Tariki. Die Rebellion war ein bunt gemischter Aufruhr von Hundert oder Tausend uneinigen Stammesangehörigen und Gruppen in verschiedenen Tälern und Bergen. Viele waren Banditen und Verbrecher, die „plündern wollten“.

Da den Rebellen Einheit völlig fehlte, hätten sie auch unter den besten Bedingungen Schwierigkeiten gehabt, einen landesweiten Krieg gegen das Regime in Kabul zu führen. Aber dieser uneinige Pöbel, von dem Hunderte und Tausende Zuflucht in pakistanischen Flüchtlingslagern suchten, wurde heimlich mit Geld aus Saudi-Arabien und mit Waffen aus Pakistan und in gewissem Umfang aus China unterstützt.

Neues Regime führt soziale Änderungen durch

Das proletarisch-bonapartistische Regime in China scheint immer auf das falsche Pferd zu setzen, so blind ist es vor Hass auf die Ausdehnung des Einflusses des proletarischen Bonapartismus Russlands. Zweifellos lieferten die Vereinigten Staaten durch die CIA auch Geld und Waffen an die Rebellen.

Gemäß der Entscheidung von Afghanistans Revolutionsrat vom August 1978 beschlossen sie die „Verteilung des Landes im Eigentum der Feudalherren an die Bauern“, das etwa 80 Prozent des bebaubaren Bodens des Lande ausmachte. Am

12. Juli beschloss der Rat die Streichung von Schulden und Hypotheken der Bauern und verringerte die Privilegien der Offiziere in den Streitkräften.

Babrak Karmal, damals stellvertretender Ministerpräsident — jetzt Präsident — sagte dem libyschen Ministerpräsidenten am 10. Mai, dass die Revolution wie die libysche Revolution vom September 1969 auch „aus den zwei Prinzipien des Islam“ stamme: „Es gab auch nie eine Partei, die sich kommunistisch nannte, in Afghanistan ... Wir machen kein Geheimnis aus unserer Verpflichtung gegenüber unterdrückten Völkern. Die Entwicklung der letzten Woche befreite Afghanistan von der Aristokratie ... Es wird ein Programm der Bodenreform geben; Preise werden gesenkt werden; Löhne werden steigen, und es wird auch das Programm der Verstaatlichung von allem geben, was sich zu verstaatlichen lohnt.“

Unter den Reformmaßnahmen wurde Bodenbesitz auf sechs Hektar pro Familie begrenzt (oder mehr im Falle schlechter Bodenqualität). Das Land, das über diese Grenzen hinausging, wurde unter den armen Bauern verteilt. Die Regierung ermutigte das Privateigentum an kleinen und mittleren Unternehmen sowohl in der Landwirtschaft als auch Industrie. Aber armen BäuerInnen, denen geeignete landwirtschaftliche Geräte fehlten, wurde geraten, Genossenschaften zu bilden.

Als direkte Folge der Weise, auf die das proletarisch-bonapartistische Regime eingerichtet worden war, gewann es nicht sofort die Unterstützung der Stammesangehörigen und BäuerInnen.

Die großen und mittleren Grundeigentümer nutzten die Rückständigkeit der Stammesangehörigen, um sie gegen das „gottlose“, „kommunistische“ Regime in Kabul aufzuhetzen. Dieser Aufstand wiederum erzeugte Instabilität an der Spitze des Regimes. Präsident Tariki schickte Babrak Karmal als Botschafter in der Tschechoslowakei praktisch ins Exil.

Die „kommunistische“ Partei, die sich Volksdemokratische Partei nannte, war eine Fusion aus zwei kommunistischen Parteien, der Khalk- und Parcham-Partei.

Die Parcham-Partei hatte sich unter Babrak Karmal 1967 von der Khalk abgespalten und führte später Moskaus Politik der Unterstützung von Präsident Daud durch, als er 1973 die Macht übernahm. Das lehnte Tariki und Amin ab. So sehr unterstützte die russische Bürokratie damals die sozialistische Umgestaltung Afghanistans!

Später vereinigten sich die zwei Fraktionen und Tariki begann unter dem Druck Moskaus Amins harte Linie gegen die reaktionären Mullahs abzulehnen.

Moskau geht gegen Amin vor

Nach dem Treffen mit Breschnew in Moskau kehrte Tariki nach Kabul zurück mit der Absicht, Amin zu entfernen.

Amin manövrierte Moskau jedoch aus, indem er Tariki ermorden ließ.

Aber Amin hing immer noch von Moskau ab, das immer mehr durch die harte Politik zur Beendigung des Guerillakrieges in den Bergen beunruhigt war. Sein Regime hatte nur in den großen Städten feste Kontrolle.

Die brachten Amin dahin, nach den Bedingungen des gemeinsamen Freundschaftsvertrages die russischen Truppen zu rufen. Sie brachten den verbannten Karmal mit ihren Panzern zurück; Karmal wurde Präsident und Amin hingerichtet.

Aber das Eingreifen erschütterte die afghanische Armee, deren Moral durch wiederholte Säuberungen untergraben worden war.

Die Russen wollten — und wollen — ein Regime, das mit den Mullahs einen Kompromiss macht, um sich eine feste Grundlage zu verschaffen. Die russische Bürokratie griff direkt ein, weil sie den Sturz eines Regimes, das auf der Beseitigung von Kapitalismus und Großgrundbesitz beruhte, und den Sieg der feudalkapitalistischen Konterrevolution zum ersten Mal in der Nachkriegsgeschichte nicht dulden konnte, besonders nicht in einem an die Sowjetunion grenzenden Staat.

Die Kreml-Bürokraten fürchten dass eine reaktionäre Gärung in Afghanistan überschwappen und sich auf die moslemische Bevölkerung in den benachbarten Regionen Russlands auswirken wird. MoslemInnen machen etwa ein Viertel der Bevölkerung der Sowjetunion aus.

So sah sich die russische Bürokratie nicht nur wegen Afghanistans strategischer Lage, sondern auch aus Gründen ihrer eigenen Macht und Prestiges gezwungen, einzugreifen. So eine Intervention hat nichts mit der Politik des Bolschewismus in der Vergangenheit gemeinsam.

Die Intervention Russlands ist wiederum eine wichtige internationale Frage geworden.

Presse, Radio und Fernsehen der Welt sind voller entrüsteter Verurteilungen russischer Aggression. Diese Propagandakampagne gegen das Eingreifen in die Angelegenheiten anderer Leute ist völlig heuchlerisch.

Wenn man sich die jüngste Periode anschaut, ganz zu schweigen von den Vorkriegs- und Nachkriegsverbrechen des Imperialismus und besonders der Intervention der Vereinigten Staaten in Vietnam und gegen andere Bewegungen zum Sturz der Herrschaft von Kapitalismus und Großgrundbesitz, ist es klar, wie heuchlerisch all die Entrüstung ist, besonders die der herrschenden Klasse Amerikas.

Gegen die Intervention Frankreichs in Zaire, im Tschad und in anderen afrikanischen Ländern gab es nicht einmal Vorbehalte. Belgien wurde für den Einfall seiner Fallschirmjäger in Zaire auch nicht gerügt. Gegen sie gab es keine Drohungen mit Abbruch der Handelsbeziehungen.

In der jüngsten Zeit wurden südafrikanische Truppen auf direkte Veranlassung des amerikanischen Imperialismus in Angola verwendet.

Gegenwärtig bleiben südafrikanische Truppen in Rhodesien (Simbabwe), um notfalls gegen die Guerillas der Patriotischen Front verwendet zu werden. Aber es gab keine Protest, keine Forderung, dass „Friedenstruppen“ des Commonwealth auf dem Abzug des südafrikanischen Personals bestehen.

Die blutbefleckten imperialistischen Mächte mit ihren krassen Doppelstandards sind die letzten, die an die Völker der Welt auf „moralischer“ Grundlage appellieren können.

Die Maßnahmen, die vom amerikanischen Imperialismus ergriffen wurden, sind Klassenmaßnahmen. Der Abbruch des Handels, die Weigerung, Getreide zu verschicken und so weiter, bedeuten Zwangsmaßnahmen gegen das russische Volk und werden wenig Wirkung auf die bürokratischen Herrscher in Russland haben.

Bürokratische Karikatur auf den Internationalismus

Der amerikanische Imperialismus hat diese gehässigen Maßnahmen nicht wegen sondern trotz der totalitären Bürokratie ergriffen. Sie versuchen, Russland wegen dem Klassencharakter der Sowjetunion zu treffen, wo Großgrundbesitz und Kapitalismus beseitigt wurden.

Vor diesem Hintergrund haben wir die merkwürdige Position der Kommunistischen Parteien. Auf der einen Seite versuchen sie sich von der russischen Bürokratie wegen dem totalitären Charakter des Regimes zu distanzieren. Auf der anderen Seite behaupten sie weiterhin, dieses Regime sei „sozialistisch“. Die italienischen und spanischen kommunistischen Parteien haben die russische Intervention in Afghanistan verurteilt, während die französische Kommunistische Partei eine doppeldeutige Haltung eingenommen hat.

Statt den Prozess aus dem Blickwinkel des Klassenkampfes international und den Klassenbeziehungen innerhalb der Nationen zu sehen, haben die Kommunistische Partei und die Tribunisten [innerhalb der britische Labour Party] eine Position abstrakter „Prinzipien“ eingenommen. „Keine Aggression zwischen Völkern“; Unterstützung für die Vereinten Nationen und so weiter.

Sie haben die russische Intervention verurteilt, ohne sie irgendwie zu erklären. Ihre Haltung ist, dass so eine Intervention nicht nett ist! Sie nehmen eine fromme, sentimentale, Mittelschicht-Sicht ein: ein „sozialistisches“ Land sollte sich nicht so aufführen.

In Wirklichkeit ist dies die andere Seite des „Sozialismus in einem Land“. In ihren frühen Jahren argumentierte die russische Bürokratie gegen Trotzki, wenn er sagte, dass die Rote Armee für die Zwe-

cke der internationalen sozialistischen Revolution verwendet werden könnte. Aber jetzt haben wir die krasse bürokratische Verwendung der Roten Armee ohne die Unterstützung der ArbeiterInnen und ohne dass klar die Unterstützung einer Bewegung hin zu einer sozialistischen Revolution in den Augen der Weltarbeiterklasse stattfände.

Die russischen Stalinisten sind gegenüber den Meinungen der Weltarbeiterklasse gleichgültig. Die Kapitalisten sind das auch, aber sie versuchen, die ArbeiterInnen reinzulegen.

Marxistinnen können die bewusste Unterstützung der ArbeiterInnen der Welt nur gewinnen, wenn sie ihnen immer die Wahrheit sagen. So verhielt sich der russische Staat unter Lenin und Trotzki. Sie stützen sich auf Propaganda und Aktionen, die das Bewusstsein der Arbeiterklasse international heben würden. Sie standen für die wirkliche Selbstbestimmung der Völker.

Alles, was zur Hebung des Klassenbewusstseins der Arbeiterklasse diente, war gerechtfertigt; alles, was die gegenteilige Wirkung hatte, musste verurteilt werden. Das ist der Maßstab, der verwendet werden muss: alles, was den Internationalismus und die Macht der Arbeiterklasse hebt, muss von den fortgeschrittenen ArbeiterInnen unterstützt werden; alles, was das Klassenbewusstsein senkt und nationale Spaltungen verstärkt, muss verurteilt werden.

Der Klassenkampf muss nicht auf den engen Niveau der Grenzen aufhören. In Frankreich hatten wir 1968 die instinktive Solidarität der internationalen Arbeiterklasse mit den französischen ArbeiterInnen. Die deutschen, italienischen, niederländischen, belgischen und anderen ArbeiterInnen an den französischen Grenzen weigerten sich, gegenüber ihren französischen Brüdern und Schwestern Streikbruch zu begehen. Sie waren bereit, dem Klassenkampf in Frankreich zu helfen. Transport-, Flughafen-, EisenbahnarbeiterInnen, jeder Teil der Arbeiterklasse war instinktiv bereit, Solidarität zu geben. Darauf sollte die internationale Arbeiterbewegung beruhen.

Auf der anderen Seite erklärte Trotzki in der Periode vor Hitlers Aufstieg, dass die Rote Armee mobilisiert und sogar zur Unterstützung verwendet werden sollte, wenn die Arbeiterklasse in Deutschland darum bat, um Hitlers Machtübernahme zu verhindern. Aber das setzte eine richtige Politik in Deutschland selbst voraus.

Wenn die Kommunistische Partei den Sozialdemokraten eine Einheitsfront angeboten hätte, wäre Hitler daran gehindert worden, an die Macht zu kommen. Es wäre wahrscheinlich nicht notwendig gewesen, die Rote Armee zu verwenden. Trotzdem hätte die Rote Armee mobilisiert werden können, um den deutschen ArbeiterInnen angesichts einer möglichen Intervention des britischen und französischen Kapitalismus zu helfen. Sie hätte

dann verwendet werden können, um die sozialistische Revolution in Deutschland selbst zu ergänzen, nicht sie zu ersetzen. Wenn diese Politik verfolgt worden wäre, wäre der Weltarbeiterklasse der Alptraum und die Leiden unter dem totalitären Hitlerregime und das Blutbad des Zweiten Weltkriegs erspart worden, in dem viele starben.

Die Probleme des Klassenkampfes werden nicht durch nettes, „moralisches“ Verhalten auf Seiten der Mächte gelöst. Sie sind Klassenfragen und soziale Fragen.

Klasseninteressen entscheiden die Politik

Was die Politik und die Haltung von Sozialistinnen bestimmen sollte, sind die Klasseninteressen der Arbeiterklasse im Gegensatz zu denen der Kapitalisten. Was die Politik der kapitalistischen Nationen bestimmt, ist Profit, Macht, Privilegien, Prestige und die Abgrenzung von Einflusssphären der neokolonialen Herrschaft über die Welt, besonders die unterentwickelten Länder.

Das ist die nackte Ideologie des Imperialismus. Sie versuchen, das mit allen Arten von Ausflüchten und Moralisieren zu verkleiden, aber in Wirklichkeit bestimmt das die Politik des kapitalistischen Britanniens, Amerikas, Frankreichs, Japans, Deutschlands und der anderen.

Auf der anderen Seite werden die Politiken der russischen, chinesischen und anderen proletarisch-bonapartistischen Regime nicht durch die Interessen der Weltarbeiterklasse, nicht durch ihren „Sozialismus“, sondern durch das Einkommen, Macht, Prestige und Privilegien der bürokratischen Kaste bestimmt, die die Macht in der Sowjetunion [und China etc.] an sich gerissen hat.

Trotzdem unterstützen die kapitalistischen Mächte wegen der verschiedenen sozialen Basis dieser Regime jedes faulende, aufklärungsfeindliche und reaktionäre halbfeudale Großgrundbesitzer- und Kapitalistenregime, wie in Vietnam. Die russischen Führer andererseits unterstützen die Revolution in rückständigen Ländern, wenn sie in der verzerrten Form des proletarischen Bonapartismus stattfindet und unterstützen solche Bewegungen nur, wenn sie denken, dass sie ihren eigenen Interessen dienen.

Wahrscheinlich wurde Moskau durch den Aufstand der Armee, einer Mittelschichtelite und der Kommunistischen Partei in Afghanistan überrascht. Sobald er aber stattgefunden hatte, versuchten sie ihn zu nutzen und unterstützten ihn. Aber es ist nicht sicher, dass sie wussten, dass im April 1978 ein Staatsstreich stattfinden würde.

Aber sie können sich zwar auf verzerrte Revolutionen in rückständigen Ländern stützen, sie können sich diesen Luxus aber nicht leisten, soweit die fortgeschrittenen Länder betroffen sind. Sie lehnen ein sozialistische Umgestaltung in fortgeschrittenen Ländern ab, da dies ihre Herr-

schaft in Russland bedrohen würde. Die Entwicklung eines demokratisch-sozialistischen Regimes in einem größeren fortgeschrittenen Land der Welt würde die Grundlagen der bürokratischen Missherrschaft in Russland, China und den anderen stalinistischen Staaten sofort bedrohen.

Aber in den rückständigen Ländern, wo die Abschaffung von Feudalismus und Kapitalismus zur Errichtung einer bürokratischen Elite nach dem Modell des stalinistischen Russlands und Chinas geführt hat, unterstützen sie es.

Trotzdem eröffnet die Beendigung von Feudalismus und Kapitalismus in einem Land wie Afghanistan den Weg, die archaische Gesellschaft ins 20. Jahrhundert zu bringen und ist daher eine fortschrittliche Entwicklung. Wenn wir die russische Intervention einfach isoliert betrachten würden, hätten wir diesen Schritt kritisch unterstützen sollen. Aber wegen der reaktionären Wirkung, die sie auf das Bewusstsein der Weltarbeiterklasse hat, die tausendmal wichtiger als die Entwicklungen in einem kleinen Land wie Afghanistan sind, müssen MarxistInnen die russische Intervention ablehnen.

Unter den gegenwärtigen Bedingungen ist die alles überschattende Gefahr die Entfremdung der ArbeiterInnen Japans, Westeuropas, der USA und anderen fortgeschrittener Länder von den Ideen des Sozialismus und der sozialistischen Revolution.

Dies zeigt sich an der von den Tribunisten eingenommenen Haltung. Leider stützen sie sich wie die Kommunistische Partei nicht auf die wirkliche Bewegung des Klassenkampfes und der tatsächlichen Beziehungen zwischen Großmächten, sondern verlassen sich auf abstrakte, „moralische“ Verurteilungen.

Für sie sind Grenzen, die während der letzten zweihundert Jahre errichtet wurden, unantastbar. Im Falle Afghanistans sind sie daher zufrieden mit Grenzen, die Nationalitäten halbieren und sie zwischen Pakistan, Afghanistan und anderen Nachbarstaaten aufteilen würden.

Sie appellieren an die Vereinten Nationen als ein Mittel zur Lösung ihrer Probleme. Aber die völlige Ohnmacht der Vereinten Nationen wie des früheren Völkerbundes wurde durch ihr Versagen, seit 1945 einen einzigen Krieg zu verhindern, zur Genüge bewiesen, und solche Konflikte haben seit 1950 25 Millionen Tote gefordert. Die Ohnmacht der Vereinten Nationen zeigt sich auch in ihrer Unfähigkeit, den monströsen Rüstungswettlauf anzuhalten. Mindestens 250 Milliarden Pfund werden jetzt jährlich für Rüstung verschwendet, Geld, das leicht die Welt umgestalten würde, wenn es auf konstruktive Weise eingesetzt würde.

Aber natürlich sind diese Gegensätze die Widerspiegelung der dialektischen Widersprüche zwischen den kapitalistischen Staaten und vor allem den Hauptwidersprüchen unserer Zeit, denen zwischen

den stalinistischen Staaten auf der einen Seite und dem Kapitalismus auf der anderen Seite.

Die russische Intervention in Afghanistan muss trotz ihrer fortschrittlichen Gesichtspunkte verurteilt werden, weil sie die Meinung der Weltarbeiterklasse mit Füßen tritt. Robespierre erklärte schon vor langer Zeit, dass „Missionare mit Bajonetten“ nie beliebt sind.

Aber die Forderung durch die imperialistischen Mächte nach einem Abzug der russischen Truppen auf Afghanistan, die von der Kommunistischen Partei und der Tribune-Gruppe unterstützt werden, ist utopisch. Russland hat natürlich gegen diese Forderung im UN-Sicherheitsrat sein Veto eingelegt.

Die Forderung nach dem amerikanischen Abzug aus Vietnam hatte nur Erfolg, wegen dem Druck des amerikanischen Volkes und der US-Soldaten, die von dem schmutzigen Krieg abgestoßen waren. Aber der reaktionäre Klassencharakter der Opposition in Afghanistan bedeutet, dass sie es nicht schaffen wird, die russischen Truppen zu vertreiben.

Wenn die Revolution in Afghanistan einen klassischen Charakter nach dem Vorbild der Oktoberrevolution 1917 in Russland hätte, dann würde die russische Bürokratie keineswegs intervenieren, sondern hätte jetzt Probleme, ihre Macht auch nur in Russland selbst aufrechtzuerhalten.

Die Vereinten Nationen sind nur ein Forum für die Zurschaustellung von Argumenten durch die Mächte und die Lösung zweitrangiger Fragen. Keine Hauptfrage kann gelöst werden, besonders wegen des eingebauten Vetos, so dass die Supermächte gegen jede Resolution ein Veto einlegen können, die im Sicherheitsrat vorgelegt wird, so dass dieses Gremium in jeder Frage gelähmt ist, die ihre entscheidenden Interessen berührt.

So kann die Lösung der nationalen Gegensätze, die Probleme der Waffen, die Lösung der Probleme des Krieges nur durch den Sturz von Kapitalismus und Stalinismus erreicht werden und durch die Einrichtung einer demokratisch-sozialistischen Föderation der Vereinigten Staaten Europas und der Welt.

Dies ist die einzige endgültige Lösung für die Weltprobleme und die Weltdiplomatie. Die sogenannten „praktischen“ Politiker, die versuchen, Resolutionen der moralischen Verurteilung von der Realität wegzulotsen, sind utopisch. Sie haben das Wunschdenken und die Hoffnung, dass der Tiger des Kapitalismus und der Tiger der Bürokratie Vegetarier werden und gemeinsam Gras fressen. Aber leider liegen die Löwen nicht bei den Lämmern — sondern verspeisen sie.

Die Gegensätze und Widersprüche, die im Verlauf der letzten 50 Jahre aufgebaut wurden, können nur durch die demokratische Kontrolle der Arbeiterklasse überwunden werden, nicht nur im nationalen, sondern auch im internationalen Maßstab.

Die Sanktionen werden für den Imperialismus nach hinten losgehen

Aber wegen der fortschrittlichen Schritte für die Beseitigung von Großgrundbesitz und Afghanistans entstehendem Kapitalismus werden die Kapitalisten nicht erreichen, worauf sie hoffen. Zweifellos werden Amerika, Pakistan und China den Rebellen Geld und Waffen liefern, aber es wird kein afghanisches „Vietnam“ für Russland geben, auf das der amerikanische Imperialismus hofft.

Das afghanische Regime wird zwischen den verschiedenen Nationalitäten Afghanistans manövrieren und sich auf die armen und mittleren BäuerInnen stützen und auf den russischen Bajonetten basieren und zweifellos die Rebellen zerschlagen und einen festen proletarisch-bonapartistischen Staat nach sowjetischem Vorbild errichten.

Im Vietnam stützte sich der amerikanische Imperialismus auf die korrupten Großgrundbesitzer, das Militär und die Kapitalisten, während die Mehrheit der Bevölkerung in Vietnam ihn ablehnte. In Afghanistan wird das neue Regime sich trotz der nationalen Frage festigen können, wenn dem Volk die Wahrheit dämmert, wenn die armen BäuerInnen und die Angehörigen der Minderheiten finden, dass sie aus den sozialen Änderungen Nutzen ziehen.

Der US-Imperialismus wurde von barfüßigen, zerlumpten BäuerInnen in Vietnam besiegt, obwohl er die größte Militär- und Industriemacht der Welt ist, wegen der Klassenfrage, wegen der nationalen und sozialen Unterdrückung und weil es klar war, dass Amerika ein fremder Unterdrücker war. In Afghanistan werden aber die meisten russischen Truppen abgezogen werden, sobald die Konterrevolution besiegt ist.

Die böswilligen Wünsche der Imperialisten nach einem langen und verheerenden Krieg sind aus sozialen Gründen unangebracht. Das bonapartistische Regime und die Russen werden einen Weg finden, mit den Mullahs einen Kompromiss zu schließen.

Der amerikanische Imperialismus unterstützt alles, was auf der Welt reaktionär ist. Jetzt verstärken sie die Unterstützung für General Zia in Pakistan. Solche Maßnahmen werden für die USA unausweichlich nach hinten losgehen.

Die amerikanischen Handelssanktionen können dazu führen dass sich die Russen entscheiden, die Belutschen und Pathanen in Pakistan zu unterstützen. Das könnte den Zerfall Pakistans beschleunigen und vielleicht einen alten Wunsch der zaristischen Diplomatie erfüllen, einen Hafen mit warmem Wasser.

Hinter den Kulissen wird die russische Diplomatie die Amerikaner warnen, die Zurückhaltung von Getreide, Technologie und Krediten nicht zu verlängern. Sie würden warnen, dass sie dann nichts mehr zu verlieren haben und gleich auch in Pakistan intervenieren können, besonders da Zia mit Ermutigung und Unterstützung der USA und Chinas den Rebellen in Afghanistan hilft.

Aber bevor die Dinge so weit gehen ist es wahrscheinlich, dass es in nicht zu ferner Zukunft einen Kompromiss zwischen den Vereinigten Staaten und der Bürokratie geben wird.

Die chinesische Bürokratie hat den russischen Einmarsch in Afghanistan verurteilt, obwohl sie in Tibet nach genau den selben Prinzipien verfahren, als sie das Land eroberten und eine konterrevolutionäre Revolte zerschlugen.

Es ist beachtenswert, dass die chinesische Übernahme Tibets nichts von der gegenwärtigen Verurteilung und Ablehnung durch die Kapitalisten erlebte, weil die Ereignisse in diesem entfernten Gebiet Asiens sie kaum berühren.

Chinas Intervention führte jedoch zu einem Krieg zwischen Indien und China. Es gab auch keine Strafmaßnahmen gegen Indien, als seine Armee in Bangladesch intervenierte, um dem Kampf des Volks von Bangladesch gegen die Unterdrückung durch Pakistan zu helfen.

Aktive ArbeiterInnen in der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung müssen eine Haltung auf der Grundlage der marxistischen Klassenanalyse einnehmen. Das ist der einzige Weg, die Heuchelei und hysterische Propaganda der Kapitalistenklasse und ihrer korrupten Medien zu durchdringen.

Klare marxistische Analyse ist entscheidend

Marxistische Analyse gibt uns ein Verständnis der nationalen und internationalen Probleme. Sie ist eine Waffe bei der Umgestaltung der Gesellschaft im Interesse der Arbeiterklasse.

Nur durch die Analyse der Klasseninteressen, die internationalen Zusammenstößen und Widersprüchen zugrunde liegen, ist es möglich, die moderne Welt zu verstehen und die Arbeiterklasse auf die notwendige Umgestaltung der Gesellschaft vorzubereiten.

Lynn Walsh: Afghanistan (Februar 1980)

[Militant, 15. Februar und 22. Februar 1980]

MarxistInnen konnten den Einmarsch der russischen Bürokratie wegen seiner reaktionären Folgen international nicht unterstützen. Aber nachdem die russischen Truppen reingegangen sind, wäre es falsch gewesen, ihren Abzug zu fordern.

Lieber Genosse,
ich habe gerade Ted Grants Artikel zu Afghanistan gelesen. Der Artikel liefert nützliches Material zum Hintergrund des Einmarsches und den Gründen für die Intervention der russischen Bürokratie. Ich fand, dass ich mit den Punkten, die gemacht wurden, übereinstimme, aber einen Satz fand ich ziemlich verwirrend.

Ted sagt, dass die Forderung der imperialistischen Mächte, die von der Kommunistischen Partei und der Tribune-Gruppe unterstützt wird, nach einem Abzug der russischen Truppen aus Afghanistan „utopisch“ sei. Es ist vielleicht in dem Sinne utopisch, dass Russland seine Truppen nicht wegen Getreidesanktionen, Forderungen nach dem Boykott der olympischen Spiele [in Moskau 1980] oder der Bewegung britischer und amerikanischer Schiffe zurückziehen wird. Bedeutet das aber, dass „Militant“ gegen den Abzug der Truppen ist, nachdem es zu Recht den Einmarsch verurteilt hat?

Ich kann sehen, dass wenn die russischen Truppen abgezogen wurden, dass dann das Regime von Karmal in Afghanistan bald zusammenbrechen würde und es fast unvermeidlich ein Blutbad und Rückkehr zu feudalem Großgrundbesitz und Rückständigkeit gäbe, die Afghanistan bis zum Putsch 1978 charakterisierten. Dies würde Unterstützung dafür rechtfertigen, dass die Truppen da sind, wo sie nun schon einmarschiert sind. Ist das die Position, die Militant vertritt?

Dies ist eine wichtige Frage, da es eine beträchtliche Debatte in der Arbeiterbewegung über die Intervention der russischen Truppen gibt.

Roy Bentley
Banbury

Roy Bentleys Brief wirft wertvolle Punkte für die Klärung auf und „Militant“ begrüßt derartige Briefe.

Der Einmarsch schuf eine neue Lage. Den Abzug der russischen Truppen zu fordern, was das Risiko des Sturzes des proletarisch-bonapartistischen Regimes eröffnen würde, hieße, sich auf die Seite der Kräfte der Konterrevolution zu schlagen.

Roy hat in der Tat die richtige Schlussfolgerung aus Teds Artikel gezogen. MarxistInnen konnten den Einmarsch der russischen Bürokratie in Afghanistan wegen der reaktionären Folgen international nicht unterstützen. Sobald die russischen Kräfte jedoch das Land besetzt hatten, wäre es für MarxistInnen völlig falsch gewesen, den Abzug der russischen Truppen zu fordern.

Aus dem Blickwinkel der abstrakten Logik mag diese Haltung „inkonsequent“ erscheinen. Aber es ist die einzige Haltung, die die wirkliche Lage aus dem Blickwinkel der internationalen Arbeiterklasse berücksichtigt.

Ted Grants Artikel wies darauf hin, dass die russische Intervention in Afghanistan ein fortschrittlicher Schritt wäre, wenn man sie isoliert betrachten würde. Trotz dem bürokratischen, militärischen Charakter der Intervention verhinderte die Bü-

rokratie den Fall eines proletarisch-bonapartistischen Regimes, unter dessen Führung Großgrundbesitz und Kapitalismus abgeschafft wurde und die Umsetzung radikaler sozialer und wirtschaftlicher Reformen begonnen hatte. Für sich genommen war das ein weiterer Schlag gegen den Weltimperialismus und begann die Entwicklung geschichtlich fortschrittlicher Gesellschaftsverhältnisse in diesem kleinen Land.

Aber Entwicklungen in einem einzelnen Land, besonders so einem kleinen unterentwickelten Land mit einer winzigen Arbeiterklasse können nicht isoliert betrachtet werden. Wenn es darum ginge, dass ein gesunder Arbeiterstaat politische und sogar militärische Hilfe für eine Revolution schickt, die von einer marxistischen Partei mit überwältigender Massenunterstützung geführt wird, wäre es eine völlig andere Angelegenheit.

Aber die soziale Umgestaltung in Afghanistan hat unter der Leitung einer bürokratischen Elite stattgefunden. Tatsächlich lagen die Schwierigkeiten Amins und die Gefahr, dass es von rebellischen und konterrevolutionären Kräften gestürzt wurde, genau an der willkürlichen, undemokratischen Weise, auf die es soziale Veränderungen umzusetzen versuchte.

In der Tat intervenierte die russische Bürokratie, um das Regime zu mäßigen, die sozialen Veränderungen zu verlangsamen, einen Kompromiss mit den Mullahs zu machen und dadurch die Basis für das Regime zu verbreitern.

Ein bonapartistisches Regime wie das von Amin und jetzt von Karmal geführte kann trotz seiner sozial fortschrittlichen Merkmale wenig Anziehungskraft auf die ArbeiterInnen in den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern oder auch nur die ArbeiterInnen und BäuerInnen der unterentwickelten Länder der exkolonialen Welt haben.

Auf der anderen Seite ist es klar, dass der Hauptgrund für die Intervention der russischen Kräfte keineswegs sozialistischer Internationalismus war. Die Sowjetbürokratie handelte, um ihre eigenen Macht- und bürokratischen Interessen zu bewahren. Sie konnten die Niederlage eines proletarisch-bonapartistischen Regimes in einem Nachbarstaat nicht zulassen, was ein schwerer Schlag für ihre Macht und ihr Prestige wäre. Die Moskauer Führung fürchtete auch die Wirkungen eines langgezogenen Bürgerkrieges in Afghanistan auf die eigene moslemische Bevölkerung der Sowjetunion.

Wegen ihrem militärisch-bürokratischen Charakter hat die russische Intervention den kapitalistischen Medien der Welt eine goldene Gelegenheit gegeben, ihre Propaganda gegen den sogenannten „Sozialismus“ von Russland und Osteuropa zu

steigern, bei der sie die monströse Bürokratie und die kriminelle Politik des Stalinismus bei dem Versuch verwenden, die wirklichen Ideen des Sozialismus unter den ArbeiterInnen auf der ganzen Welt zu diskreditieren. Die reaktionären internationalen Wirkungen des Einmarsches überwiegen alle unmittelbaren Errungenschaften in Afghanistan völlig.

Als Trotzki 1939 vor vergleichbaren Ereignissen stand, machte er es absolut klar, dass es für MarxistInnen zwar notwendig war, die Errungenschaften der Planwirtschaft in Russland zu verteidigen, dass aber die internationalen Wirkungen von Moskaus Außenpolitik viel wichtiger als irgend welche zweitrangigen Errungenschaften in diesem oder jenem Teil der Welt seien.

Trotzki akzeptierte zum Beispiel, dass der Einmarsch der Sowjetunion in Ostpolen fortschrittlich war, weil er trotz des militärisch-bürokratischen Charakters der Besetzung die „Expropriation der Expropriateure“ herbeiführte. Großgrundbesitz und Kapitalismus wurden abgeschafft und eine verstaatlichte Planwirtschaft eingeführt.

Aber wie Trotzki sagte, war dies bloß eine Seite der Frage: „Um Polen durch ein Militärbündnis mit Hitler besetzen zu können, täuschte der Kreml seit langer Zeit die Massen in der UdSSR und in der ganzen Welt, und tut dies auch weiterhin. Und dadurch hat er die Reihen seiner eigenen Kommunistischen Internationale völlig zerrüttet.“

Das politische Hauptkriterium für uns ist nicht die Umwandlung der Eigentumsverhältnisse in diesem oder jenem Gebiet, wie wichtig sie an sich auch sein mögen, sondern vielmehr die Veränderung im Bewusstsein und in der Organisation des Weltproletariats, das Wachsen seiner Fähigkeit, frühere Errungenschaften zu verteidigen und neue zu erreichen. Nur von diesem Standpunkt aus, und das ist der einzig entscheidende, bleibt die Politik Moskaus, als Ganzes genommen, völlig reaktionär und ist weiterhin das Haupthindernis auf dem Wege zur Weltrevolution. (...)

Die Verstaatlichung der Produktionsmittel ist, wie wir schon sagten, eine fortschrittliche Maßnahme. Aber ihre Fortschrittlichkeit ist relativ; ihr spezifisches Gewicht hängt von der Gesamtsumme aller anderen Faktoren ab.“ („Die UdSSR im Krieg“, in Leo Trotzki: „Verteidigung des Marxismus“)

Die reaktionären Wirkungen des Einmarschs der russischen Bürokratie in Afghanistan sind schon klar sichtbar.

Zunächst einmal hat die afghanische Krise Carter, Thatcher und allen anderen kapitalistischen Führern eine große Ablenkung von inneren Problemen gebracht.

Besonders wurde sie von Carter und Thatcher verwendet, um ungeheure Steigerungen der Rüstungsausgaben zu rechtfertigen.

Die vergangene Bilanz des Imperialismus, besonders der Intervention des US-Imperialismus in Südostasien und anderen Regionen wurde in den Hintergrund gedrängt. Für die fortgeschrittenen ArbeiterInnen, die die jüngste Geschichte kennen, ist die Heuchelei des Imperialismus klar sichtbar. Aber bei breiteren Schichten der ArbeiterInnen und besonders bei der Mittelschicht konnte die Kapitalistenklasse Afghanistan zum Hochpreis einer hysterischen Propaganda gegen die stalinistischen Staaten nutzen.

Der US-Imperialismus war nach seiner Niederlage in Vietnam wegen dem Wachstum von Massenopposition der Arbeiterklasse gegen den schmutzigen Krieg und die Demokratisierung und den Zerfall der eigenen Streitkräfte der USA über einen Zeitraum unfähig, gegen revolutionäre Entwicklungen in der kolonia-

Wem würde der Abzug der russischen Truppen jetzt nützen?

In diesem zweiten Teil eines zweiteiligen Artikels erklärt Lynn Walsh, warum „Militant“, das die russische Intervention verurteilte, jetzt nicht ihren Abzug fordert.

Obwohl der US-Imperialismus in diesem Stadium nicht direkt in Afghanistan intervenieren wird, erhöhen sie doch schon ihre Militärhilfe an das Regime von General Zia in Pakistan. Durch Pakistan und sogar durch die chinesische Führung werden die USA die aufständischen Rebellen gegen das proletarisch-bonapartistische Regime in Kabul ermutigen und bewaffnen.

Egal was ihre unmittelbaren Motive sind, ob sie Stammes-, nationalistische oder religiöse Motive sind, ihre Erfolge gegen das Kabuler Regime würden unausweichlich einen Sieg für die Reaktion mit der Restauration von Großgrundbesitz und Kapitalismus in Afghanistan bedeuten.

Jüngste Presseberichte — nachdem jetzt der Versuch, ein übertriebenes Bild von einem Massenaufstand zu zeichnen, weitgehend fallengelassen wurde — zeigen, das viele der Rebellen wenig mehr als Banditen sind, die vor allem plündern wollen. In jedem Fall haben vergangene Regime in Kabul wegen dem zerklüfteten Gelände des Landes und dem geschichtlichen Fehlen eines starken zentralisierten Staats nie völlige Kontrolle über das ganze Land gehabt.

Jedes Regime, das sich auf die Wiederherstellung privater Eigentumsverhältnisse stützt, wäre unausweichlich ein Satellit des US-Imperialismus und könnte seine Herrschaft nur durch eine neue und noch unterdrückerische Form einer totalitären Diktatur aufrecht erhalten.

Jede Idee, dass sich der US-Imperialismus um die Rechte von Afghanistans nationalen Minderheiten oder den materiel-

len und halbkolonialen Welt zu intervenieren.

Der US-Imperialismus war zum Beispiel machtlos, die Abschaffung von Kapitalismus und Großgrundbesitz in Angola und Mosambik nach dem Zusammenbruch des portugiesischen Imperialismus zu verhindern. Amerika war auch unfähig, direkt in Äthiopien zu intervenieren, wo der Derg mit Unterstützung der russischen Führung ein proletarisch-bonapartistisches Regime errichtete.

Aber die afghanische Krise ist an einem neuen Punkt der internationalen Beziehungen ausgebrochen. Die amerikanische herrschende Klasse, die durch die Ereignisse im Iran und die Bedrohung ihrer Ölversorgung im Nahen Osten alarmiert ist, hat sich entschlossen, in dieser Frage standzuhalten. Diese Haltung wurde durch internationale Erwägungen für die USA bestimmt, nicht die Stellung in Afghanistan. Das Land war lange bevor das proletarisch-bonapartistische Regime an die Macht kam, wirtschaftlich und politisch von der Sowjetunion dominiert, und

den Wohlstand der BäuerInnen und Stammesangehörigen des Landes sorgt, ist absurd. In der ganzen exkolonialen Welt hat der US-Imperialismus eine Folge von barbarischen Diktaturen auf der Grundlage der Unterdrückung und Ausbeutung ihrer Völker gestützt. Man braucht nicht weiter als zu Zia nach Pakistan oder dem früheren Regime des Schah im Iran zu schauen.

In Pakistan bewaffneten die USA Zia bei seiner Militärkampagne zur Unterdrückung der Bewegung der Balutschi — als sie in den letzten Jahren für nationale Autonomie kämpften. Nachdem sich die russische Bürokratie verpflichtet hat, das Karmal-Regime zu festigen, hat sie klar keine Absicht, sich zurückzuziehen, und die vom Imperialismus verwendeten Sanktionen, von denen manche bloße Alibimaßnahmen sind, werden sie nicht zum Abzug zwingen.

Aber die Beteiligung der russischen Führung in Afghanistan wird nicht wie die verheerende Beteiligung des US-Imperialismus in Vietnam sein, wie manche kapitalistischen Kommentatoren zu argumentieren versuchten.

In Vietnam stützten sich die USA auf eine verfallene herrschende Klasse von Großgrundbesitzern und Kapitalisten, die ihre Klassenherrschaft durch korrupte Marionettendiktaturen aufrecht erhielten. Sie standen einer oppositionellen Massenbewegung auf der Grundlage sozialer und nationaler Forderungen der Bauernschaft gegenüber. Das machte den Vietnamkrieg für Amerika ungewinnbar und die Bewegung zu Hause gegen den Krieg zwang den Imperialismus zum Abzug.

In Afghanistan ist die russische Bürokratie zwar reingegangen, um ein bonapartistisches Regime zu stützen, das mit diktatorischen Methoden herrscht, es

die Amerikaner wussten sehr wohl, dass das Amin-Regime sich auf russische Hilfe stützte lange bevor die russischen Panzer über die Grenze rollten.

In diesem Stadium geht es nicht um einen Krieg zwischen den Vereinigten Staaten und Russland wegen Afghanistan. Aber die USA haben diesen Zwischenfall zu diesem Zeitpunkt gewählt, um die russische Bürokratie zu warnen, besonders sie vor jeder Intervention in Iran oder Pakistan oder in anderen Gebieten des indischen Subkontinents oder Nahen Ostens zu warnen.

Dass dies das erste Mal seit der unmittelbaren Nachkriegsperiode war, dass russische Kräfte direkt in einem Land außerhalb des stalinistischen Blocks interveniert haben — die bewaffnete Unterstützung für die Befreiungsbewegung in Angola kam mittels kubanischer Truppen — hat den USA einen Vorwand geliefert, den sie brauchte. Sie hat den Schock, den dieser bewaffnete Einmarsch für die „öffentliche Meinung“ verursachte, voll genutzt.

verteidigt aber neue, grundlegend fortschrittliche Gesellschaftsverhältnisse.

Besonders die Bodenreform, die Einführung von Wirtschaftsplanung und andere fortschrittliche Reformen werden dem Regime immer mehr eine Massenbasis der Unterstützung schaffen.

Schon jetzt versuchen die russischen Truppen, „wenig Profil“ zu zeigen und so weit wie möglich durch afghanische Kräfte zu arbeiten. In jedem Fall werden die meisten russischen Truppen aus Turkvölkern genommen, die den Völkern Afghanistans nahe verwandt sind.

Die Sowjetbürokratie hat auch Druck auf die Karmal-Führung ausgeübt, einen Kompromiss mit Teilen der Mullahs zu suchen, besonders durch die Mäßigung ihrer Opposition gegen religiöse Einrichtungen und Praktiken und langsamerer und vorsichtigeres Vorgehen bei anderen Reformen, besonders bei der Bildung und Frauenemanzipation.

Wenn sich das proletarisch-bonapartistische Regime in Afghanistan festigt, was in überschaubarer Zeit der Fall sein wird, wird die russische Führung wahrscheinlich ihre Kräfte abziehen. Aber in jedem Fall würden wir den Abzug der sowjetischen Truppen fordern, wenn es keine Gefahr mehr gäbe, dass konterrevolutionäre Kräfte das Regime und die durchgeführten sozialen Veränderungen bedrohen — so wie wir seit langem den Abzug der russischen Truppen aus Osteuropa gefordert haben.

MarxistInnen können jedoch das neue Regime in Afghanistan nicht als „sozialistisch“ akzeptieren. Wegen der Isolierung der sozialen Veränderungen in einem wirtschaftlich und kulturell rückständigen Land und weil die bonapartistische Führung unvermeidlich Russlands stalinistisches Regime als Modell genommen hat,

ist es eine groteske totalitäre Karikatur auf einen sozialistischen Staat.

Politische Revolution notwendig

MarxistInnen stehen für eine weitere ergänzende politische Revolution zur Entfernung der bürokratischen Kaste, die jetzt auf der Grundlage der verstaatlichten Eigentumsverhältnisse herrscht, und zur Einführung sozialistischer Demokratie auf der Grundlage von Kontrolle durch die ArbeiterInnen und BäuerInnen durch sowjetartige Organisationen.

Aber bei der winzigen Arbeiterklasse können künftige Entwicklungen in Afghanis-

tan nicht isoliert von den Entwicklungen in Russland und Osteuropa gesehen werden.

In Russland und den wirtschaftlich entwickelteren Gesellschaften Osteuropas hat die Bürokratie jede fortschrittliche Rolle verloren, die sie in der Vergangenheit durch die Verteidigung der Planwirtschaft spielte.

Der Stalinismus ist in eine neue Krisenperiode eingetreten. Neue Bewegungen der Arbeiterklasse wie die in Ungarn 1956 und Polen kürzlicher, als die ArbeiterInnen sich gegen die Militär- und Polizeire-

gime erhoben und die Errichtung ihrer eigenen demokratischen Formen der Kontrolle über die Industrie und den Staat begannen, stehen auf der politischen Tagesordnung.

Politische Revolutionen in Russland und Osteuropa, bei denen die jetzt hoch entwickelte Arbeiterklasse die Kontrolle über Wirtschaft und Staat in ihre eigenen Hände nimmt, würden klar eine völlig andere, wirklich sozialistische Perspektive für die Entwicklung von Ländern wie Afghanistan eröffnen.

LB: Invasion in Afghanistan erzeugt neue Krise in den Sekten (1. März 1980)

Das Leben ist sehr hart zu den Sekten, es versetzt ihnen ständig neue Schläge. Ende letzten Jahres klatschten viele Sektier über die letzte Abspaltung vom sogenannten „Vereinigten Sekretariat der Vierten Internationale“ (VS). Dann wurden sie plötzlich durch den sowjetischen Einmarsch in Afghanistan in eine neue Krise gestoßen. Im Verlauf von drei Wochen hat die IMG (die britische Sektion des VS) zwei einander völlig entgegengesetzte Positionen eingenommen!

Die neue Wendung in den internationalen Beziehungen spiegelt die Zwillingsskizze wider, die die Welt im Griff hat, bei deren Entlarfung Afghanistan geholfen hat.

Die Besetzung der US-Botschaft in Teheran und der willkürliche Einmarsch in Afghanistan hat den US-Kapitalisten die Gelegenheit gegeben, politisch den Boden für neue konterrevolutionäre Abenteuer zu bereiten. Man sollte nie vergessen, dass der Hauptgrund, warum die USA sich aus Vietnam zurückzogen, die Massenopposition zu Hause gegen etwas war, was ein schmutziger, nicht zu gewinnender Krieg geworden war. Der Einmarsch in Afghanistan hat der herrschenden Klasse in den USA die Gelegenheit gegeben, ein Wiederaufrüstungsprogramm zu beginnen und den weitgehend politischen Schaden zu reparieren, der ihrer Kriegsmaschine Anfang der siebziger Jahre zugefügt worden war. Ein Schaden, der den US-Imperialismus in der Mitte der siebziger Jahre hinderte, gegen die koloniale Revolution zu intervenieren.

Gleichzeitig hat es eine qualitative Veränderung in der Lage in Russland und Osteuropa gegeben. Nach der früheren Periode eines ungeheuren Aufbaus ihrer Wirtschaften sind heute ihre Wachstumsraten weit unter denen, die in Boomzeiten von kapitalistischen Ländern erreicht werden. In Polen gab es letztes Jahr tatsächlich einen Rückgang um 2 Prozent in der Produktion.

In dieser Lage ist den Großmächten der erhöhte Konflikte zwischen den Mächten nicht ganz unwillkommen. Beide können die Bedrohung von außen verwenden, um die Aufmerksamkeit abzulenken.

Wir haben schon in unserer Zeitung die lange Geschichte des Einflusses der Sowjetbürokratie in Afghanistan und ihre Rolle bei der Unterstützung sowohl des früheren Königs als auch Dauds erklärt. Der Sturz von Daud im April 1978 wurde von radikalen Elementen in der Armee und der PDPA (afghanische KP) ohne wirkliche Beteiligung der Massen durchgeführt. Das Versagen des neuen Regimes bei einer wirklichen Beteiligung der Massen ließ es isoliert und erlaubte der Reaktion, Unterstützung unter rückständigen Schichten zu gewinnen.

Die russische Bürokratie war gezwungen, einzugreifen, weil die Reaktion in vielen Teilen des Landes die Oberhand gewann. Ein konterrevolutionärer Sieg in Afghanistan wäre ein Schlag für die Weltstellung der russischen Bürokratie gewesen und hätte auch ernsthafte Rückwirkungen innerhalb der Sowjetunion gehabt. Aber der Einmarsch hatte zwar aus dem Blickwinkel eines Kampfes gegen die Konterrevolution positive Aspekte, aber die krass zynischen Taten der russischen Bürokratie, die Amin willkürlich aus dem Amt entfernten und hinrichteten, dienten nur zur Verwirrung der Arbeiterklasse und gaben dem Imperialismus eine Waffe in die Hand. Die Intervention hatte überhaupt nichts mit Internationalismus zu tun, weder in den Plänen der Sowjetbürokratie noch in der Weise, in der sie ausgeführt wurden.

MarxistInnen können die Frage nur aus dem Blickwinkel betrachten, wer Nutzen hat, nicht nach rechtlichen Fragen. Unsere Bewegung hat die Ausdehnung der Macht des Kreml immer abgelehnt, weil die Bürokratie nur in ihrem eigenen Interesse handelt und zweitens diese Taten unter manchen ArbeiterInnen Illusionen in die Bürokratie säen können. Gleichzeitig hat die Invasion des Kreml dem Imperialismus ein Propagandageschenk gegeben und die internationale Arbeiterklasse verwirrt. So haben wir aus dem Blickwinkel des Bewusstseins der Weltarbeiterklasse der Einmarsch verurteilt.

Aber gleichzeitig haben wir uns geweigert, uns dem Lärm der Imperialisten zu beu-

[Internationales Bulletin, Mai 1980] gen und den Abzug der sowjetischen Truppen zu fordern. Jetzt stehen wir vor einer vollendeten Tatsache. Wir unterstützen die Beseitigung von Großgrundbesitz und Kapitalismus in Afghanistan und den Abzug der russischen Truppen zu fordern, würde den Weg für den Sieg der vom Imperialismus gestützten Konterrevolution bereiten. Aber auf die selbe Weise wie während der vietnamesischen Revolution werden wir ehrlich erklären, wem die afghanische Arbeiterklasse gegenüberstehen wird, wenn die Reaktion zerschlagen ist. Nur Trotzki's Programm der politischen Revolution gegen die stalinistische Bürokratie in Moskau als auch in Kabul kann sowohl dem afghanischen als auch dem sowjetischen Volk einen Weg nach vorn bieten.

Der afghanische Einmarsch war ein Signal für Thatcher, Carter und andere imperialistische Führer, eine heuchlerische Verurteilungskampagne zu beginnen. Diese Kampagne schuf zusammen mit der durch die zynischen Manöver der russischen und afghanischen Stalinisten geschaffenen Verwirrung in den Köpfen der ArbeiterInnen eine Welle der Meinung innerhalb und außerhalb der Arbeiterbewegung, die Invasion zu verurteilen und einen Truppenabzug zu fordern. Ein Teil der reformistischen Linken schloss sich der Kampagne an. Neil Kinnock schickte sogar eine Grußbotschaft an eine „Russische Truppen raus“-Demonstration, die von einer Frontorganisation der Jungen Tories organisiert war! In dieser Lage war es nicht überraschend, dass viele der Sekten mit einer Basis im Kleinbürgertum vor dem Druck der „öffentlichen Meinung“ einknickten.

Wie zu erwarten war brachte die britische Socialist Workers Party [in Deutschland damals SAG, heute Linksruck] die platteste Position vor. Nach zwei Wochen, in denen der „Socialist Worker“ nur kurze Artikel veröffentlichte, wurde am 19. Januar ein zweiseitiger Artikel gedruckt.

Sie erklärten, dass im April 1978 die „Revolution durch die Mobilisierung des Kleinbürgertums, nicht der Bauern oder der winzigen Arbeiterklasse ge-

wonnen wurde. Und das Volk begann, sich gegen die Regierung zu bewegen ... Die Rebellen sind furchtbar arm, bitter stolz, die Glücklichen unter ihnen jetzt unterernährte Flüchtlinge in Pakistan ... Sie sind zu einem langen Krieg bereit und sie werden die Russen bezüglich Soldaten und Geld ausbluten. Dies ist Russlands Vietnam. Wo stehen wir als Sozialisten also? Klar gegen den russischen Einmarsch. Sie haben die Sache des Sozialismus um Generationen zurückgeworfen ... Unterstützen wir die Rebellen? Nein ... sie sind eine Bewegung gegen den Kommunismus, gegen Ungläubige, gegen Bodenreform, gegen die Emanzipation der Frauen ... Für Sozialisten ist es eine schreckliche Lehre dagegen, eine Revolution über die Köpfe der Menschen zu machen. Es ist eine Zeit, um über verlorene Hoffnungen und kommende Schrecken zu klagen; die Flüchtlingslager, das Napalm, der Hunger, die toten Kinder. Aus dem russischen Einmarsch wird nichts Gutes kommen, aber viele Tränen werden fließen."

Dieser zutiefst pessimistische Artikel war mit den krassesten theoretischen Irrtümern gefüllt, ebenso eine begleitende Kolumne, wonach die russische Wirtschaftskrise „wegen der Rüstungsausgaben“ sei. In keinem Stadium versuchten diese Artikel auch nur, diese Ereignisse in den Ausdrücken der eigenen Theorie der SWP zu erklären, dass alle stalinistischen Staaten staatskapitalistisch seien. Tatsächlich sät das abstrakte Reden über „Revolution“ Illusionen in die afghanischen Stalinisten. Abgesehen von Händeringen wurde nirgends eine Analyse des Prozesses, der sich in Afghanistan abspielte, gegeben, oder der Politik, die MarxistInnen verfolgen sollten.

Die Idee, dass sich die Sowjetbürokratie in einen vietnamartigen Krieg festfahren werde, ist völlig falsch. Was dem Kampf des vietnamesischen Volkes ungeheure Kraft gab war, dass trotz der stalinistischen Führung der NLF sein Kampf grundlegend ein sozialer Kampf um Land, Nahrung und Lebensstandard gegen den Kapitalismus war. In Afghanistan wird der Krieg nicht lange dauern, weil die Maßnahmen gegen Kapitalisten und Großgrundbesitzer, die umgesetzt werden, die Unterstützung der Reaktion abschneiden werden.

Gerry Healys Workers Revolutionary Party [in Deutschland damals BSA, heute PSG] nahm eine ähnlich platte Herangehensweise an. Seit mehreren Jahren befinden sich jetzt die WRP und ihre Zeitung „Newline“ im Schlepptau entweder der libyschen, irakischen, PLO- oder iranischen Führer, obwohl die Dinge jetzt für Healy unangenehmer werden, weil diese Führer untereinander in die Haare geraten sind. Die Lösung der WRP für diese Schwierigkeiten ist, sie zu ignorieren. So hat „Newline“ nicht berichtet, dass Gad-

dafi das PLO-Büro in Libyen geschlossen hat, obwohl es über die Versammlung berichtete, die diese Tat billigte!

Die Haltung der WRP zur Invasion kann in der Stellungnahme ihrer Jugendzeitung „Young Socialist“ am 2. 2. 1980 zusammengefasst werden, dass der „Sowjet-einmarsch in Afghanistan auf das Zentrum der Weltrevolution abzielt — den nationalen Befreiungskampf im Iran und Nahen Osten“. Diese Orientierung, die in einer WRP-Stellungnahme voll entwickelt wird ist fester Bestandteil ihres verschwenderischen Lobes für das „intuitive Genie Khomeinis“ (Newline, 31. 12. 1979)

Die WRP-Stellungnahme sagt, dass die Invasion darauf angelegt war, den iranischen und arabischen nationalen Befreiungskampf zu schwächen“ (Newline 4. 1. 1980). Nachdem sie richtig kommentieren, dass die Tat der russischen Bürokratie dem Imperialismus eine Propagandawaffe gegeben hat, fahren sie fort zu sagen:

„Die Taten der Sowjetbürokratie sind eine Fortsetzung ihrer Politik der „friedlichen Koexistenz“ mit dem US-Imperialismus, die sie den verhassten Ex-Schah des Iran dulden und unterstützen ließ und jeden Versuch zu seinem Sturz untergrub.

Die iranische Revolution versetzte der Sowjetdiplomatie im Nahen Osten einen Schlag. Die Sowjetführer haben aus Furcht, die 40 Millionen Moslems und andere nationale Minderheiten in der UdSSR zu entfremden, unfähig, die iranische Revolution und Ajatollah Khomeini offen anzugreifen, Lippenbekenntnisse für die Revolution abgelegt, aber in der Praxis versucht, sie zu untergraben.“

Die Erklärung fügt hinzu, dass die russische Bürokratie will, dass der Imperialismus die iranische Revolution zerschlägt, wobei sie ein Fantasiebild des Koreakrieges 1950-53 entwirft, indem sie behauptet:

„Die Sowjetbürokratie wurde auf der linken Flanke vom mächtigen Sieg der chinesischen Revolution bedroht, die die Status quo im Fernen Osten und Pazifischen Raum völlig untergrub und die sowjetische Politik der friedlichen Koexistenz herausforderte.

Um das chinesische Regime zu untergraben und zu schwächen und in einen blutigen und kostspieligen Krieg zu verwickeln, ermutigte Stalin die nordkoreanischen Führer, sich im Juni 1950 auf ein militärisch-politisches Abenteuer einzulassen.“

Das ist ein bisschen viel, wenn es von Leuten kommt, deren damalige Zeitung „Socialist Outlook“ die Nordkoreaner unkritisch unterstützte und von stalinistischen Publikationen nicht gut unterschieden werden konnte. Die WRP-Stellungnahme fährt fort:

„So nehmen heute die Sowjetführer ihre politische Rache an den irani-

schen Massen, indem sie Tausende von Soldaten und Hunderte von Panzern, Flugzeugen und schweren Waffen nach Kabul und in die benachbarten Gebiete werfen als Drohpotenzial gegen Khomeini und den Revolutionsrat ...

Seit ... April 1978 haben die Sowjetführer verzweifelt jongliert, um das prosovietische Regime an der Macht zu halten, gegen die Wünsche der verbissenen unabhängigen moslemischen, afghanischen und paschtunischen Bauern- und Hirtenschaft.

Aus diesen Gründen fordert ... die WRP ... den bedingungslosen und sofortigen Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan ... (und verkündet ihre) Solidarität mit den iranischen Massen.“

Während die WRP den Stalinismus angreift, enthüllt sie überhaupt nicht den konterrevolutionären Charakter der Gruppen, die gegen das Kabuler Regime kämpfen, weil sie im Schlepptau von Khomeini sind. Die WRP-Politik beruht überhaupt nicht auf dem Anspruch, eine marxistische Analyse zu machen, sondern auf der Notwendigkeit, freundliche Beziehungen zu den verschiedenen ölreichen arabischen Führern aufrecht zu erhalten.

Eine andere Sekte, die sich dem Ruf nach Abzug der russischen Truppen anschließt ist die International Communist League ([von Sean Matgamna, 1963 von Healy abgespalten, dann bei anderen trotzkistischen Organisationen rumgecheckt] Herausgeber von „Workers Action“ und „Barricade“ — ihr dritte „neue“ Jugendzeitung in vier Jahren!). die ICL stützt diese Forderung auf das, was sie eine „prinzipienfeste und grundlegende revolutionäre marxistische Einschätzung der herrschenden Kaste in der UdSSR und ihrer Außenpolitik“ nennen (Workers Action, 26. 1. 1980). Damit meinen sie, dass die russischen Führer Stalinisten sind. Das ist natürlich wahr und ist einer der Gründe, warum wir den Einmarsch nicht unterstützen können. Aber heißt dies, dass wir angesichts der aktuellen Lage in Afghanistan den einseitigen Abzug der sowjetischen Truppen fordern können?

„Workers Action“ erwähnt überhaupt nicht, dass der Abzug der sowjetischen Truppen wahrscheinlich zu einem konterrevolutionären Sieg führen würde. Die einzige Alternative zu entweder Sieg der Reaktion oder Festigung des stalinistischen Regimes ist eine erfolgreiche politische Revolution sowohl in der UdSSR als auch in Afghanistan, aber dies erwähnt „Workers Action“ nicht einmal. Diese Position warf jedoch Fragen innerhalb der ICL auf und „Workers Action“ druckte am 9. 2. 1980 ein neues Editorial. Dieses erklärte, dass sie die Invasion ablehnten und den Abzug der Truppen forderten, denn das afghanische Regime sei

„nie über das Stadium eines militärbürokratischen staatskapitalistischen Re-

gimes hinausgegangen, das versuchte, ein bürgerliches Programm der Bodenreform, Bildungsreform und gewisse Milderung der Versklavung der Frauen durchzuführen ... Wenn jedoch die von der PDP vorgeschlagenen Sozialreformen durchgeführt und die Umgestaltung Afghanistans in einen deformierten Arbeiterstaat unter dem Knüppel der russischen Armee durchgeführt werden, dann werden wir für die Verteidigung der sozialen Errungenschaften — mit Methoden der unabhängigen Massenmobilisierung — gegen die Offensive der vom Imperialismus gestützten reaktionären Rebellen sein. In diesem Sinn und nur in diesem Sinn wären wir dafür, dass sich fortschrittliche Kräfte in Afghanistan mit der russischen Armee gegen Reaktionäre und den Imperialismus verbinden, während sie ihre Unabhängigkeit behalten und ihren Kampf, die Russen rauszukriegen, fortführen.“

Diese Haltung ist sehr nahe der des neuen internationalen „Paritätischen Komitees“ (mehr dazu später). Die ICL möchte die britische Sektion dieser neuen internationalen Sekte werden. Dies würde die Verbindung mit der lambertistischen Gruppe in Britannien, der Socialist Labour Group (der alten „Bulletin“-Gruppe), Herausgeber von „Socialist Newsletter“; es sei denn natürlich, dass das „Paritätische Komitee“ nicht abhebt und die ICL sich entscheidet, sich mit seinem Morenoistischen Bestandteil zu verbinden!

Die Debatte innerhalb der ICL kreiste klar um die Frage, ob Afghanistan vor dem russischen Einmarsch ein deformierter Arbeiterstaat war oder nicht. Wie alle anderen Sekten verstehen sie nicht, dass Afghanistan nach der Revolution vom April 1978 ein proletarisch-bonapartistisches Regime geworden war. Dies wiederum war das Ergebnis ihrer Unfähigkeit, die koloniale Revolution zu verstehen. Beiläufig hat „Workers Action“ kürzlich die Resolution des Zweiten Kongresses des Internationalen Sekretariats der Vierten Internationale von 1948 zu Osteuropa wiederveröffentlicht, die erklärte, dass diese Länder „staatskapitalistisch“ seien, ohne zu erwähnen, dass die RCP die einzige Sektion war, die diese Position in Frage stellte (siehe das „Programm der Internationale“ für Details)

Die Workers' Socialist League [Abspaltung von Healys WRP von 1974 um Thornett], die kürzlich ihre zweite größere Spaltung in zwei Jahren erlitten hat, beschreibt Afghanistan auch als „rückständigen kapitalistischen Staat“ (Socialist Press, 9. 1. 1980) zieht aber die im Vergleich zur ICL entgegengesetzten Schlussfolgerungen.

Die WSL kam zwar nahe an eine richtige Haltung zum Einmarsch, aber das war nur Zufall. Wie die anderen Sekten versteht die WSL die koloniale Revolution nicht, ihre Politik pendelt zwischen ultralinkem Sektierertum (Artikel enden mit

allgemeinen Forderungen nach einer „trotskistischen Partei“) und Opportunismus. So gibt die WSL dem äthiopischen Regime das klassenlose Etikett „Militärdiktatur“ und hat seit Anfang 1979 die eritreische Volksbefreiungsfront, die den äthiopischen Derg bekämpft, unkritisch unterstützt. Bezüglich Afghanistans sehen sie die Schaffung eines deformierten Arbeiterstaats als „wahrscheinliches“ Ergebnis des sowjetischen Einmarschs ein. Aber die größte Krise wegen dem Einmarsch hat die IMG getroffen, die damals mitten in ihrer Vorkonferenzdiskussion war. Die IMG war seit Jahren als die am meisten von Fraktionen geplagte Sekte von allen bekannt. In der IMG (und dem ganzen Vereinigten Sekretariat der Vierten Internationale, was das betrifft) wird jede größere politische Frage Gegenstand eines neuen Fraktionskampfes. Die IMG-Führung hat nur eine sehr kleine Mehrheit über ihre Gegner. Bei der letzten IMG-Konferenz gewann die Führung nur 50 Prozent der Stimmen und stand drei Oppositionsfraktionen gegenüber, die jeweils 28,3 Prozent, 14,1 Prozent und 6,6 Prozent der Stimmen bekamen.

Die unmittelbare Reaktion der IMG auf den Einmarsch war ein Rückseitenartikel von Tariq Ali mit der Schlagzeile „sowjetische Truppen raus aus Afghanistan“, der erklärte, dass der russische

„Interventionsstil vertraut ist. Den widerspenstigen Führer erschießen (Imre Nagy in Ungarn und jetzt Amin in Afghanistan), ihn durch eine biegsamere Figur ersetzen ... Entweder werden die Russen sowieso abziehen und eine Regierung mit anderem Erscheinungsbild akzeptieren müssen oder sie werden sich in einem langen Krieg festfahren. Es gibt keine dritte Möglichkeit. Deshalb zögern wir nicht, den sofortigen Abzug der russischen Truppen zu fordern ... Alle Beobachter stimmen überein, dass die buntscheckige Sammlung religiöser Oppositioneller Massenunterstützung hat.“ (Socialist Challenge, 3. 1. 1980)

So dachte Tariq Ali, dass der afghanische Einmarsch wie die Unterdrückung der ungarischen politischen Revolution 1956 sei!

Aber in der folgenden Woche gab es keine Erwähnung der „Truppen raus“-Forderung auf drei Seiten zu Afghanistan. Ali fragte in einem neuen Artikel „Warum fand der sowjetische Einmarsch statt?“ und erklärte, dass

„die Russen klar besorgt waren, dass die Exzesse von Hafisullah Amin das Land auf einem Silbertablett den religiösen Rebellen aushändigten, die vom Westen unterstützt wurden. Sie glaubten, dass so ein Regime die Interessen des Sowjetstaats bedrohe. Daher gingen sie rein und setzten Kamal an die Macht.“ (Socialist Challenge, 10. 1. 1980)

Aber in der folgenden Woche gab ein Editorial von Socialist Challenge eine

neue Linie aus, die klar das Ergebnis eines Kampfs innerhalb der IMG und Kontakten mit dem mandelistischen Flügel des VS war. Dieses Editorial warf die Position von Tariq Ali, dem Herausgeber der Zeitung um und sagte dass

„Nichts darauf hinwies, dass die islamistischen Guerillas im Lande sich definitiv als ernsthafte Bedrohung der Regierung in Kabul erwiesen hätten. Wenn die Rechten politische Unterstützung erlangt hatten, lag das nur an den brutalen und Unterdrückungsmethoden der Amin-Regierung ... Der Einmarsch half dem revolutionären Prozess im Lande nicht. Sozialisten können ihn nicht begrüßen. Aber die Tatsache des Einmarsches hat selbst die Bedingungen im Land geändert. Er hat wahrscheinlich die Popularität der Konterrevolution vergrößert ... Die Möglichkeit eines umfassenden Bürgerkrieges besteht jetzt. Sozialisten werden gezwungen sein, zu sagen, welche Seite sie in so einem militärischen Konflikt unterstützen. Wir distanzieren uns völlig von den bürokratischen und reaktionären Motiven hinter dem sowjetischen Einmarsch, aber in der gegenwärtigen Lage wäre die Forderung nach einem Abzug der Truppen gleichbedeutend mit Begünstigung der rechten Kräfte.“ (17. 1. 1980)

So wird Ali schließlich beschuldigt, den „Sieg der rechten Kräfte“ zu wollen! Abgesehen von der peinlichen Lage, in die diese Änderung der Linie IMG-Mitglieder gebracht hat, zeigt auch diese richtige IMG-Position eine ganze Reihe größerer Irrtümer, die daraus folgen, dass sie entweder den Charakter des Stalinismus oder den der kolonialen Revolution nicht verstehen.

Beide Hauptfraktionen des VS (die hauptsächlich europäische, die Mandel folgt, und die im Gefolge der amerikanischen SWP, die nach Hansens Tod von Jack Barnes geführt wird) haben eine idealistische Sicht des Stalinismus. Stalinismus wird von diesen Leuten nur als politische Strömung gesehen, die ihre eigene bestimmte Politik wie „Sozialismus in einem Lande“ hat. Das VS hat nicht verstanden, dass der Stalinismus seit langem ein objektiver Faktor in der Welt ist. Dieser Fehler hat sie dazu geführt, dass sie aus dem Gleichgewicht geraten sind, wenn die Stalinisten in Kämpfen gegen den Imperialismus geraten sind.

Da sie nicht in der Lage sind, zu verstehen, warum stalinistische Gruppen Kämpfe gegen den Imperialismus geführt haben, hat das VS vor ihnen kapituliert. So hat die französische Sektion des VS, die LCR, eine politische Revolution in Vietnam abgelehnt mit der Begründung, dass, da die vietnamesischen Stalinisten den Imperialismus bekämpften, die Führung in Hanoi nicht richtig stalinistisch sein könne, weil Trotzki sagte, dass die Stalinisten konterrevolutionär sind! Die Sektion des VS in den vereinigten Staa-

ten, die amerikanische SWP weist jede Notwendigkeit für eine politische Revolution auf Kuba zurück.

In den Worten des amerikanischen SWP-Führers Barry Sheppard: „Mit dem Sieg der kubanischen Revolution bildete sich eine Führung heraus, die am besten als Revolutionäre der Tat beschrieben werden konnte. Trotz ihrer theoretischen und programmatischen Schwächen überholten sie Stalinismus und Sozialdemokratie im Kampf.“ Weiterhin verurteilt Sheppard die, die „Castrismus und Stalinismus gleichsetzten und eine 'politische Revolution' zum Sturz der Castro-Führung forderte. Diese Position ist der Vierten Internationale diametral entgegengesetzt.“ (Amerikanischer „Militant“, 28. 12. 1979) Diese Verwirrung hat bedeutet, dass die IMG nicht entschieden hat, was der Klassencharakter des afghanischen Regimes ist oder welches Programm für RevolutionärInnen dort nötig ist. Ein Artikel von Charles Lister im Socialist Challenge vom 10. Januar mit dem Titel „Warum sowjetische Panzer wieder rollen?“ veranschaulicht ihre Fehler, wenn er fragt: „Werden die Russen ein sozialistisches System in Afghanistan errichten? Die Tatsachen zeigen in die andere Richtung.“

Zunächst ist es nie eine Frage, was die „Russen“ tun werden, sondern welche Politik die russische Bürokratie durchführen wird. Zweitens ginge es, selbst wenn die afghanische Revolution unter der Führung einer bolschewistischen Partei stattfinden würde, nicht um den Aufbau eines „sozialistischen Systems“ dort. Der Sturz des Kapitalismus würde anfänglich zur Schaffung einer Arbeiterdemokratie führen, der Diktatur des Proletariats, einer Übergangsgesellschaft, während der die Grundlagen des Sozialismus gebaut würden. Wie schnell die Arbeiterdemokratie zum Sozialismus fortschreiten würde, hängt vom Entwicklungsniveau ab, das das Land unter dem Kapitalismus schon erreicht hat und vor allem von der Entfaltung der Weltrevolution.

Die russische Bürokratie intervenierte in Afghanistan, um die Konterrevolution zu besiegen und die Grundlage der proletarisch-bonapartistischen Herrschaft dort zu verteidigen. Ein Regime des proletarischen Bonapartismus ist ein Fortschritt gegenüber Kapitalismus und Großgrundbesitz, trotzdem stellt es der Arbeiterklasse die Aufgabe, eine neue politische Revolution durchzuführen, um die herrschende bürokratische Kaste zu stürzen, bevor eine Arbeiterdemokratie geschaffen werden kann. Aber die IMG deutet die Frage einer politischen Revolution nicht einmal an.

Der Einmarsch hat eine neue Spaltung innerhalb des VS geschaffen. Die Endposition der IMG war weitgehend ähnlich der der anderen zum Mandelismus neigenden Sektionen, während die Anhänger der amerikanischen SWP den Einmarsch unkritisch unterstützten. Zum Beispiel verkündete die australische SWP, dass sie

„die Tat der sowjetischen Führer, Truppen nach Afghanistan zu schicken, bedingungslos verteidigt.“ (Direct Action, 17. 1. 1980) Die japanische RCL ging noch weiter und sagte, dass „mit dem Karmal“putsch“ und der sowjetischen Militärintervention die afghanische Revolution gerettet wurde — und nicht zu früh.“ (Sekai Kakumai, 14. 1. 1980). Mit anderen Worten säte die japanische RCL revolutionäre Illusionen in die Kremführung! Dagegen erklärte die deutsche GIM, dass revolutionäre Marxisten die Methoden, die die Sowjets in Afghanistan befolgen, verurteilen“ (Was tun, 24. 1. 1980). Rouge, (die Zeitung der französischen LCR) fügte hinzu, dass die Militärintervention den Interessen der afghanischen Massen nicht diene, „wir verurteilen die sowjetische Intervention vorbehaltlos“ (11. 1. 1980)

Gleichzeitig erschien im VS auch eine dritte Gruppe in der Frage. Die libanesische RCG gab eine Stellungnahme heraus, die einen „sofortigen Abzug der sowjetischen Armee aus Afghanistan“ forderte. Eine Haltung, die auch von der VS-Gruppe in Hong Kong unterstützt wurde.

Im Vorfeld des VS-Treffens Ende Januar führte die SWP eine Kampagne, um Unterstützung für ihre Haltung zu gewinnen. Ein langer Artikel in der „Intercontinental Press“ der amerikanischen SWP erklärte, dass „die Invasion und die Geschichte des Kabul-Regimes seit April [1978] die Weltrevolution unterstützen“ (14. 1. 1980). Dieser Artikel enthielt keine grundlegende Kritik am Stalinismus oder Erwähnung des Programms der politischen Revolution.

Ernest Hirsch, der den Artikel schrieb, verherrlichte den Einmarsch und die Geschichte des Kabul-Regimes seit April 1978. Er schrieb, dass Afghanistan immer noch „ein kapitalistisches Land“ sei und kritisierte die afghanischen Stalinisten milde weil es „scheint, dass manche der Reformen des Regimes auf bürokratische Weise umgesetzt wurden.“

Harsch gibt weiter den afghanischen Stalinisten freundliche Ratschläge, dass „neue soziale Maßnahmen und die Organisation und Mobilisierung der Arbeiter und Bauern die Unterstützung für die Revolution festigen werden. Abgesehen davon, dass keine anderen Vorschläge vorgebracht werden, deutet der ganze Ton des Artikels an, dass die Stalinisten in Afghanistan einen revolutionären Kampf voranführen und dass man da nicht an der Schaffung einer trotzkistischen Gruppe arbeiten braucht. Es wird keine Andeutung gemacht, dass nach dem Sieg über die Konterrevolution die afghanischen ArbeiterInnen vor der Aufgabe der Vorbereitung einer neuen politischen Revolution gegen die stalinistische Elite stehen werden.

In der Tat würde angesichts des unkritischen Geredes des Artikels von „der Ausdehnung der sozialistischen Revolution in

ganz Vietnam ... dem wachsenden internationalen Einfluss des revolutionären Kubas“ niemand denken, dass man überhaupt eine trotzkistische Bewegung aufbauen muss, man muss nur den vietnamesischen, kubanischen und afghanischen Stalinisten brüderliche Ratschläge geben!

Jedoch ein späterer Artikel in Intercontinental Press (18. 2. 1980) der offensichtlich auf Kritik an der faktisch prostalinistischen Linie der amerikanischen SWP antwortet, erweitert die Kritik an den afghanischen Stalinisten ein bisschen.

Harsch beklagt sich, dass „die Initiative der Massen auf ein Minimum beschränkt wurde aus Angst, die Aktionen könnten ihre Eigendynamik kriegen und außer Kontrolle geraten. ... Das begrenzte Ausmaß der Massenmobilisierung — als Ergebnis der bürokratischen Beschränkung der PDPA — war eine der größten Schwächen der afghanischen Revolution. Verbunden mit dem Zögern der afghanischen Führung, die Massen herauszurufen war ihr zu großes Vertrauen auf den Staatsapparat bei der Durchführung des Reformprogramms.“ Dieser freundliche Ton der Kritik wurde in dem Kommentar beibehalten, dass „trotz Moskaus bürokratischen Methoden — und seiner eigenen konterrevolutionären Politik und konservativen Motive — die Entsendung von Truppen eine wichtige Hilfe für den revolutionären Prozess war.“

Harschs schärfste Angriffe waren für das vorbehalten, was er „die sektiererische Haltung des afghanischen Regimes gegenüber den iranischen Massen“ nennt. „Jeden Monat hat die Kabul Times mindestens einen Leitartikel, der der Verurteilung der „Tyrannei und des Despotismus“ des „von Khomeini geführten reaktionären und fanatischen Regimes im Iran gewidmet ist.“ Aber nirgendwo in dem Artikel gab es eine klare Stellungnahme gegen den Stalinismus.

Bei dem VS-Treffen Ende Januar wurden drei verschiedene Positionen vorgebracht. Mandels Resolution gewann auf diesem VS-Treffen eine Mehrheit gegen die zwei anderen konkurrierenden Positionen. Die Resolution, die viel von unserer Position übernimmt, erklärt, dass der Einmarsch „das Weltproletariat in große Verwirrung stürzte. Er hat bei der Entwicklung des Bewusstseins ... des Proletariats im internationalen Maßstab keineswegs geholfen. In dieser Hinsicht ist die ganze Orientierung der Bürokratie ein Hindernis für den Fortschritt der Revolution ... Revolutionäre ... übernehmen keinerlei Verantwortung für die Militärintervention des Kreml. Sie geben dieser Intervention, die sich aus der allgemeinen Politik der bürokratischen Kaste ergibt, nicht die kleinste politische Unterstützung ... (Aber) der Abzug der sowjetischen Truppen würde in keiner Weise irgend wie die Freiheit der afghanischen Nationalitäten sichern ... er würde nur den Weg

für die Einrichtung eines reaktionären Regimes öffnen ... Gleichzeitig ... verfolgen wir unseren Kampf für eine politische Revolution und den Sturz der Bürokratie.“

Jedoch auch diese Resolution war mit grundlegenden Fehlern gespickt. Sie erklärt zum Beispiel, dass mittel- und langfristig ... die Anwesenheit der sowjetischen Truppen ... sie (die Sowjetbürokratie) zur strukturellen Umgestaltung der Eigentumsbeziehungen in Afghanistan führen könnte“, was wieder zeigt, dass die Mandelisten die koloniale Revolution nicht verstehen.

Die Revolution vom April 1978 stellte eine entscheidende Änderung im Klassencharakter Afghanistans dar. Das Zerbrechen der großen Landgüter, die Bodenreform und die Verstaatlichungsdekrete markierten alle eine qualitative Änderung im Klassencharakter von Afghanistan und der Richtung, in der sich die afghanische Gesellschaft bewegte. Seit dieser Zeit war Afghanistan ein deformierter Arbeiterstaat, ein Regime des proletarischen Bonapartismus wie Russland, China, Kuba oder Äthiopien. Aber wegen dem Versagen der Mandelisten seit Mitte der vierziger Jahre, die neuen Bedingungen zu verstehen, die die Entwicklung neuer stalinistischer Regime erlaubt haben, ist es nicht überraschend, dass sie die Revolution vom April 1978 in Kabul nicht verstehen.

Gegen diese Resolution brachte die amerikanische SWP eine Alternativresolution ein, die zwar formelle Kritik an der „Klassenkollaborationspolitik des Kreml“, den „bürokratischen Methoden“ des Regimes von Kabul übte und feststellte, dass der „Kreml urteilte, dass es eine Gefahr erfolgreicher Konterrevolution gebe ... und dadurch die Interessen der sowjetischen Bürokratenkaste selbst gefährdete“ aber schließlich bei der faktischen Unterstützung des Einmarsches endet. Der Antrag der Hansenisten erklärt:

„Manche Organisationen in der Arbeiterbewegung haben unter imperialistischem Druck die Verwendung von Truppen durch die Sowjetunion in Afghanistan verurteilt ... alle diese Kräfte haben sich auf die reaktionäre Seite eines Bürgerkrieges geschlagen, der gegen die elementarsten Interessen der afghanischen ArbeiterInnen und BäuerInnen geführt wird, und auf die Seite der Imperialisten gegen den sowjetischen Arbeiterstaat ... Die Rolle der sowjetischen Kampftruppe im afghanischen Bürgerkrieg war die Hilfe beim Kampf gegen die Konterrevolution ... Die Verwendung sowjetischer Truppen zu verurteilen — ob aus bewussten Motiven der Klassenkollaboration oder politischer Verwirrung heraus — hilft der Konterrevolution und dem Imperialismus.“

Harte gegen die mandelistische Mehrheit gerichtete Worte!

Dass die sowjetischen Truppen in Afghanistan gegenwärtig gegen die Reaktion

kämpfen, hat die Hansenisten blind für die reaktionären Wirkungen des Einmarsches auf die Weltarbeiterklasse und für das proletarisch-bonapartistische Regime gemacht, das die Stalinisten in Afghanistan zu errichten versuchen werden, gemacht. Zurückgestoßen von der imperialistischen Propagandaoffensive gegen die Sowjetunion sind die Hansenisten zur Verteidigung der Stalinisten geeilt und erwähnen nicht einmal der Form halber, dass sowohl die sowjetischen als auch die afghanischen ArbeiterInnen die Aufgabe der Vorbereitung des Sturzes der Bürokratie haben.

Die zweite innerhalb des VS vertretene Minderheitsposition ist, dass

„Im Falle Afghanistans die Arbeiterbewegung vor einem der dornigsten Probleme im Klassenkampf steht, dem des Selbstbestimmungsrechtes ... Zweifellos wird die sowjetische Intervention in Afghanistan unter krasser Verletzung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker durchgeführt ... die Verurteilung der Intervention ... löst jedoch nicht das Problem, welche Haltung wir gegenüber diesen Truppen einnehmen. Es ist in der Tat möglich, die Position zu haben, dass es angesichts der vollendeten Tatsache im Interesse der Reaktionäre und des Imperialismus wäre, den Abzug der sowjetischen Truppen zu fordern. Wir unsererseits behaupten genau das Gegenteil ... es ist entscheidend, dass die sowjetischen Truppen aus Afghanistan abgezogen werden und der Kreml das Selbstbestimmungsrecht des Volks dieses Landes anerkennt und so den Schaden repariert, den seine Intervention in Afghanistan und der ganzen Region der permanenten Revolution zugefügt hat.“

Aber was konkret bedeutet das „Selbstbestimmungsrecht“ in Afghanistan heute? Wie kann es ausgeübt werden? Es ist einfach utopisch zu glauben, dass dieses Recht eingeführt werden könne. Dieses Recht bedeutet, dass jede Nationalität die Gelegenheit hat, über ihre Zukunft zu bestimmen. Man kann den Bürgerkrieg nicht aufhalten, damit eine Abstimmung über diese Frage durchgeführt werden kann. Diese Minderheit, die 20 Stimmen im Zentralkomitee der französischen LCR gegen 22 Stimmen für Mandels Position bekam, ist zwar antistalinistischer als die Mandelisten oder Hansenisten, aber verschließt ihre Augen vor der Wirklichkeit von Afghanistan heute.

Diese neuen Spaltungen innerhalb des VS wurden in der kleinen Welt der Sekten mit einer neuen Runde fraktioneller Manöver begrüßt.

Das „Paritätische Komitee für die Reorganisation (Rekonstruktion) der Vierten Internationale“ verurteilte die sowjetische Führung, die „brutal auf dem Recht des afghanischen Volkes herumgetrampelt hat, sein eigenes Schicksal zu bestimmen“. Das Paritätische Komitee erklärte,

dass wenn in Zukunft (!) der Kapitalismus in Afghanistan gestürzt werden würde, das Komitee für die bedingungslose Verteidigung der Maßnahmen gegen den Imperialismus eintreten würde, obwohl „das auf keine Weise die konterrevolutionäre Rolle der Bürokratie ändern würde.“ Diese Erklärung nahm jedoch keine klare Position ein, ob die russischen Truppen abziehen sollten.

Das Paritätische Komitee hat zwar auf die Spaltungen im VS wegen Afghanistan hingewiesen, ist aber auch tief gespalten, wie die Klammern in seinem eigenen Namen anzeigen!

Das Komitee bestand ursprünglich aus dem lambertistischen „Organisationskomitee für die Rekonstruktion der Vierten Internationale“ (OCRFI [1971 vom Internationalen Komitee der Vierten Internationale, Healy & Co abgespalten]) und den beiden Abspaltungen vom VS — der Morenoistischen Bolschewistischen Fraktion und der prolambertistischen Leninistisch-Trotzkistischen Tendenz. Die Verwirrung wegen dem Namen des Paritätischen Komitees liegt daran, dass das OCRFI die „Rekonstruktion“ der Vierten Internationale fordert, während die Morenoisten ihre „Reorganisation“ und die LTT ihre „Wiedervereinigung“ will. Aber die Spaltungen im Paritätischen Komitee sind viel tiefer als nur darüber, wie sie sich selbst nennen sollen.

In Peru zum Beispiel unterstützt das OCRFI Hugo Blanco (vom VS) bei den Präsidentschaftswahlen, während die Morenoisten ihn ablehnen.

Bezüglich Afghanistans erklärte die Morenoistische LSR in Italien, dass die russische Bürokratie in „einem offensichtlichen Versuch, ihre eigene Kontrolle zu verstärken, den Status quo in der von revolutionärer Gärung erschütterten Region aufrechtzuerhalten, intervenierte. Die Möglichkeit der Ausdehnung der iranischen Revolution innerhalb der Grenzen der UdSSR ist es, was die Kremlbürokratie erschreckt“ (Avanzata Proletaria, 12. 1. 1980) Wie Healys WRP ist die LSR im Schlepptau der Moslemführer im Iran und fordert auch den Abzug der sowjetischen Truppen.

Aber das Paritätische Komitee hat keine sichere Zukunft vor sich. Wir können nur wiederholen, was wir früher bezüglich prinzipienloser Vereinigungen gesagt haben, dass diese „Einheit“ eine Formel ist, um drei Organisationen zu zehn zu „vereinigen“. Viel Glück ihnen!

Aber das andere Extrem zum Paritätischen Komitee sind die Spartakisten, die die Schlagzeile „Hoch die Rote Armee!“ über einem praktisch unkritischen Artikel hatten (Workers Vanguard, 11. 1. 1980), der den Einmarsch „zur Stützung der säkularen Linksnationalisten in Kabul“ unterstützte. Zwar brachten die beiden letzten Absätze eines 30 Absätze langen Artikels ein bisschen formale pseudotrotzkistische Kritik am Stalinismus, aber der Artikel enthielt Perlen wie die Aussage, dass

die russischen Stalinisten „ein demokratisches nationales Erbe“ in der UdSSR bewahrten und dass es „eine natürliche Reaktion auf Seiten der jungen Linken der Welt wäre, einer internationalen Brigade für Afghanistan beizutreten, um gegen die mit der CIA verbundenen Mullahs zu kämpfen.“

Es ist klar, dass der Einmarsch in Afghanistan sich als weitere Klippe erwiesen

hat, auf der alle Sekten Schiffbruch erlitten haben, selbst die, die in diesem Fall in eine formell richtige Position gestolpert sind. Letztes Jahr waren die Sekten intern und international mittendurch gespalten wegen Iran, Kambodscha und Nicaragua. Schon in den ersten Wochen dieses Jahres haben sich neue Spaltungen aufge-
tun, während die alten Debatten immer noch weitergehen. Dies ist kein Zufall. Es

ist ein Ergebnis ihrer Unfähigkeit, die marxistische Methode zu verstehen, wie sie angewendet wird und wie man aus Erfahrung lernt. Ohne den Kompass des Marxismus werden die Sekten regelmäßig durch die Bewegungen der Ereignisse auf die Felsen geschleudert.

Lynn Walsh: Afghanistan (Juni 1982)

[Militant, 25. Juni und 2. Juli 1982]

Können die Guerillas jemals gewinnen?

„Russland kämpft in Afghanistan auf verlorenem Posten“

Diese jüngste Schlagzeile der „Times“ ist typisch für die kapitalistische Presse im Westen, die den Fall des Babrak-Karmal-Regimes ständig vorhergesagt hat, seit die russischen Truppen im Dezember 1979 im Lande einmarschiert sind.

Viele der Presseberichte, die angeblich auf „Flüchtlingsquellen“ in Pakistan beruhen, tragen den Stempel der schwarzen Propaganda der CIA.

Realistischere Berichte in ernsthaften Zeitschriften, einschließlich mancher Berichte in der „Times“ selbst, bestätigen die Prognose von „Militant“ zur Zeit des Einmarsches: dass die Guerillas trotz US-Unterstützung die russischen und afghanischen Kräfte nicht besiegen würden; und dass das Karmal-Regime von den Exzessen der früheren Amin-Führung Abstand nehmen und seine Stellung durch die Umsetzung wirtschaftlicher und sozialer Reformen schrittweise festigen würde.

Eine der empörendsten Propagandageschichten, die vom stellvertretenden US-Außenminister Walter Stroessel im März diesen Jahres öffentlich verkündet wurde, war, dass die russischen Streitkräfte chemische Waffen verwenden würden. Er behauptete, dass 3.042 Menschen bei 47 chemischen Angriffen getötet worden wären, die den Einsatz von Reizgas, Nervengas und anderen tödlichen Giftstoffen umfassten.

Aber wie ein zuverlässigerer „Times“-Journalist, Trevor Fishlock, berichtete, „haben westliche Journalisten Hunderte afghanische Flüchtlinge in Pakistan und Emigranten in Indien interviewt, ohne irgendwelche zuverlässigen Berichte über chemische Angriffe zu hören.“ (15. März) Fishlock sagte auch, dass eine Reihe von Reportern heimliche Reisen nach Afghanistan mit den Mudschaheddin-Guerillas gemacht hätten, aber keine Spuren von Gasangriffen gefunden hätten.

Auch keine Krankenhäuser an der Grenze, die afghanische Kranke und Verwundete behan-

delten, haben irgendwelche derartigen Beweise gefunden.

Fishlock schrieb als Kommentar zu Stroessels Zahlen: „Reporter und andere Beobachter haben gelernt, dass Mudschaheddin und andere Afghanen zu Übertreibung neigen und oft bereit sind, einem Befrager zu erzählen, was er hören will. Es ist auch typisch für afghanische Aussagen, dass Zahlen sowohl genau als auch übertrieben sind, so dass die Zahl von 3042 Toten für mich ziemlich afghanisch klingt.“

Eine weitere beliebte Propagandageschichte ist, dass die russischen Soldaten so belagert seien, dass sie sich kaum aus ihren Kasernen trauen. Ein anderer „Times“-Korrespondent, Karan Thatpar, behauptet: „Kein Russe ist in Kabul willkommen und sie wissen es. Für sie wiederum ist fast jeder Afghane verdächtig. Deshalb leben die Russen in speziellen Komplexen, hinter Stacheldraht und werden durch ihre eigene Sicherheit und Waffen geschützt. Wenn sie etwas unternehmen, machen sie es vorzugsweise in Gruppen, um durch ihre Zahl geschützt zu sein.“ (The Times, 3. März)

David Lomax (Listener, 18. März), der Anfang des Jahres Afghanistan besucht hatte, um für „Panorama“ einen Filmbericht (BBC1, 22. März) zu machen, kommentierte derartige Geschichten: „Es gab wiederholte Geschichten im Westen, dass Russen, die in Kabul dienstfrei haben, so große Angst haben, dass in einer dunklen Ecke das Basars ihre Kehle durchgeschnitten wird, dass sie entweder überhaupt nicht einkaufen gehen oder ihre Identität durch T-Shirts mit Aufschriften wie „University of California“ verbergen. Diese Geschichte ist besonders auf Cocktail-Partys westlicher Diplomaten beliebt. Um sie zu testen, schaffte ich es einmal, meinem Begleiter für einen Tag zu entkommen und verbrachte viele Stunden mit Laufen durch die Seitenstraßen der Stadt. Ich wurde überall für einen Russen gehalten, erlebte aber nirgends die geringste Feindseligkeit.“ (Unsere Hervorhebung — LW)

Lomax kommentierte, dass abgesehen von der Durchsetzung der Ausgangssperre von 10 Uhr abends bis 4 Uhr „die Anwesenheit des Militärs sonst nicht offensichtlich ist, und die Straßen und Basars quellen von Lärm, Dreck und Tätigkeit jeder Art über.“ Er bemerkte: „Die Atmosphäre der Stadt selbst war viel spannender als ich erwartet hatte.“

Alle Zeichen sprechen dafür, dass die Guerillas trotz massiver US-Unterstützung nicht näher an einem Erfolg sind als Anfang 1980. Unter Carter setzte die US-Regierung 20 bis 30 Millionen Dollar ein und Reagan hat dies zweifellos erhöht. Von den USA bezahlte Waffen wurden aus Ägypten und einer Reihe anderer „islamischer“ Länder geschickt.

Aber zwischen zahlreichen Berichten über Guerilla„erfolge“ und russische Probleme brachte die „Times“ (28. Dezember 1981) einen unsignierten Artikel, der kühn zugab, dass die Guerillas „nie gewinnen können. Das heißt, sie können nie entscheidend sein, die Russen zu vertreiben.“ Sie könnten den Kräften des Regimes Ärger machen, aber „sie können nie viel mehr als Geronimos sein“.

Im Widerspruch zu sogar ihren eigenen Berichten über die Unfähigkeit der Russen, „das Land zu kontrollieren“, gibt die „Times“ zu, dass „viel von der Bedeutung von Kontrolle abhängt. Das Hinterland ... war immer jenseits von Recht und Regierung, die Provinzen der Stammesführer leben nach alten Regeln von Gewehren, Fehde, Rache und Gastfreundschaft.“

In jedem Fall sind die Mudschaheddin in rivallisierende Gruppen geteilt, die nach Berichten so viel Zeit mit Konflikten untereinander wie mit dem Kampf gegen die Russen zubringen. Sie werden klar als Handlanger der Reaktion verwendet und sowohl von den Großgrundbesitzer und örtlichen Häuptlingen innerhalb des Landes als auch von den Vereinigten Staaten und ihren Klientenregimes außerhalb manipuliert.

Das Regime baut eine Unterstützungsbasis auf

Die russische Intervention hatte ungeheure reaktionäre Folgen international und erlaubte der US-Regierung, Thatcher und anderen westlichen Führern, einen neuen Spurt im Rüstungswettlauf zu rechtfertigen.

Die Verwirrung, die durch den Militäreinmarsch der russischen Bürokratie zur Verteidigung eines bürokratischen Militärregimes unter den ArbeiterInnen auf der ganzen Welt erzeugt wurde überwiegt bei jeder internationalen Einschätzung der Wir-

kungen die Errungenschaft der Sicherung der Abschaffung von Großgrundbesitz und Kapitalismus in Afghanistan.

Das Volk des abgelegenen armen Landes muss einfach von der Entwicklung einer geplanten Wirtschaft gewinnen. Das ist der einzige mögliche Ausweg aus Jahrhunderten von Rückständigkeit und Beherrschung durch die imperialistischen Mächte, die nie zögerten, im Land einzufallen und Marionettenregime zu errichten, wenn es ihnen passte. Trotzdem kann man kaum sagen, dass das Vorhandensein

oder Fehlen eines deformierten Arbeiterstaats in Afghanistan mehr als eine vernachlässigbare Wirkung auf das internationale Kräfteverhältnis der Klassen hat.

Die USA und andere westliche kapitalistische Führer entfesselten einen Sturm, weil es ein sehr gelegenes Propagandageschenk war, das ihnen einen Gelegenheit bot, ihre „Kalter Krieg“-Propaganda gegen die russische Bürokratie zu steigern. Als Dauds durch und durch verfaultes Großgrundbesitzer- und Kapitalistenregime im April 1978 gestürzt wurde, ak-

zeptierte der westliche Imperialismus still die Bildung eines proletarisch-bonapartistischen Regimes.

Aber als die russische Bürokratie intervenierte, um ihren unerwarteten Klienten zu stützen, als ihm 1979 Zusammenbruch drohte, erhoben die westlichen Führer ein großes Geschrei. In ihren inneren Kreisen akzeptierten sie, dass die russische Bürokratie aus defensiven Gründen einmarschiert war, um ihre Südflanke zu schützen, und nicht als erster Schritt, um in den Nahen Osten oder auf den indischen Subkontinent vorzudringen. Trotzdem war der Aufschrei eine Warnung des Imperialismus, dass Russland nicht versuchen sollte, sich im Iran einzumischen. Und die erste direkte russische Intervention in einem Staat außerhalb des Ostblocks gab dem Westen die Gelegenheit, Ängste vor einer Gefahr von russischem „Imperialismus“ und Aggressivität aufzupeitschen.

Aus diesen Gründen konnten MarxistInnen den russischen Einmarsch in Afghanistan nicht unterstützen. Aber nachdem der Einmarsch stattgefunden hatte, gab es eine neue Lage. Es konnte dann nicht in Frage kommen, den unmittelbaren Abzug der russischen Truppen zu fordern. Abzug würde den Schaden nicht beheben. Das Misstrauen über die Motive der russischen Bürokratie würde unter den ArbeiterInnen international nicht weggewischt sein. Auf der anderen Seite hätte Abzug zweifellos zum Zusammenbruch des proletarisch-bonapartistischen Regimes und der Wiederherstellung der Herrschaft der Großgrundbesitzer und Kapitalisten in Afghanistan führen können.

Die Kräfte des Regimes gewinnen mit der massiven Unterstützung der russischen Armee langsam aber sicher die Oberhand. Zum Beispiel gelangten im März Berichte über eine Schlacht nach draußen, die zum Tod von 1.000 der Oppositionskräfte führte, einschließlich mindestens 200 erfahrenen Mudschahed-

dinkämpfern. Die russischen Kommandeure haben flexiblere Taktiken im Kampf gegen die Guerillas entwickelt, konzentrieren sich darauf, die Kontrolle über die Städte und führende Kommunikationseinrichtungen zu gewinnen und greifen die Guerillas nur an, wenn sie provoziert werden.

Das Regime verwendet zwar wenn nötig den großen Knüppel, hat aber auch vor der Nase der ländlichen Bevölkerung das Zuckerbrot aufgehängt. Dies ist möglich, weil die Planwirtschaft selbst unter der Leitung einer auf einer privilegierten Elite beruhenden Bürokratie eine verhältnismäßig fortschrittliche Rolle spielt, besonders im Vergleich zu Afghanistans früherer feudaler Rückständigkeit.

Die Karmal-Führung hat die Reformen geändert und abgeschwächt, die die frühere Amin-Führung mit halbsbrecherischer Geschwindigkeit umzusetzen versuchte. Zusammen mit der rücksichtslosen Unterdrückung versetzten die Umsetzung der Bodenreform, Zwangsalphabetisierung (auch für Frauen) und andere radikale Maßnahmen das Land in Aufruhr und bedrohten die Existenz des proletarisch-bonapartistischen Regimes.

Babrak Karmal hat, zweifellos unter der Anleitung von Ratgebern der russischen Bürokratie, versucht, die Mullahs, Teile der Großgrundbesitzer und andere potenzielle Gegner zu versöhnen und ihre Führer eingeladen, an einer „Nationalen Vaterlandsfront“ teilzunehmen. Die Bodenreform geht weiter, aber vorsichtiger, wobei Zugeständnisse an die Moscheen und auch an die Großgrundbesitzer gemacht werden, die mit der Mechanisierung und dem Verkauf ihrer Nahrungsprodukte an den Staat einverstanden sind. Alphabetisierung ist für Frauen nicht mehr Pflicht.

Anfang dieses Jahres gab der „Economist“ (27. Februar) grummelnd zu, dass das Regime seine Unterstützungsbasis schrittweise festigte: „Dorfbewohner, die die Guerillas aus ihren Gebieten heraushalten, können ihre ei-

genen Führer, Verwalter und sogar Gouverneure auswählen. Sie können um Gel für den Bau von Moscheen bitten und Rat beim Anbau suchen. Es gab Andeutungen vom Ministerium für Stammesangelegenheiten, dass man den Pathanen bald ein gewisses Maß an Autonomie geben könnte. Gesundheitszentren werden gebaut; ebenso Kindergärten, Büchereien und Schulen. Konsumgüter werden subventioniert. Die Russen kaufen sich in manchen Gebieten verhältnismäßig großen Frieden.“

Im Lauf der Zeit werden die russischen Kräfte abgezogen werden, wenn das Regime gefestigt ist. Aber die Frage der Demokratie wird bleiben. Gegenüber der Kontrolle der Planwirtschaft durch eine Bürokratie auf der Grundlage einer privilegierten Elite würden MarxistInnen in Afghanistan die Notwendigkeit aufwerfen, dass ArbeiterInnen- und Bauernräte die Kontrolle über Wirtschaft und Staat ihre eigenen Hände nehmen. Man muss jedoch anerkennen, dass die extreme Schwäche der Arbeiterklasse in diesem immer noch primitiven Land unausweichlich bedeutet, dass die Zukunft der Völker Afghanistans mit der Entwicklung des Klassenkampfes in den mächtigeren Nachbarn des Landes verbunden sein wird. Besonders Indien hat eine nächtliche Arbeiterklasse und die Gesellschaft dort ist so reif für Veränderung, dass sie schon verfault. In Russland hat die Entwicklung der Planwirtschaft eine ungeheuer mächtige, sehr kultivierte Arbeiterklasse geschaffen, die zunehmend gegen die Schranken der stalinistischen Bürokratie drängt.

Unter einer nationalen Bürokratie in Afghanistan wird der wirtschaftliche Fortschritt selbst mit russischer Hilfe im Schnecken-tempo vorstatten gehen. Aber wer kann daran zweifeln, dass die Lage durch die Bildung eines Arbeiterstaates in Indien oder Pakistan oder durch den Sturz der Bürokratie und die Wiederherstellung von Arbeiterdemokratie in der Sowjetunion völlig umgestaltet würde?

Afghanistan nach den Russen (Februar 1989)

Zur großen Überraschung der westlichen kapitalistischen Regierungen werden alle russischen Kräfte vor dem 15. Februar aus Afghanistan abgezogen sein.

Gorbatschows Gier, den vereinbarten Stichtag einzuhalten, ist aber so einseitig wie das Genfer Abkommen vom letzten Jahr. Unter dem von der UN vermittelten Abkommen zwischen der UdSSR, den USA und Pakistan vereinbarten beide Seiten, die „Einmischung“ zu beenden und die militärische Unterstützung für die miteinander kämpfenden Kräfte in Afghanistan auslaufen zu lassen. Während sich die Sowjetunion peinlich genau an den Buchstaben des Vertrags hielt haben weder die USA (durch die CIA) noch Pakistan die Finanzierung und Bewaffnung der Mudschaheddin eingestellt.

Als es klar wurde, dass die russischen Kräfte tatsächlich am Stichtag draußen sein würden, haben die westlichen Mächte unter Führung der USA, die von Thatcher leidenschaftlich unterstützt werden, ihre Bemühungen zur Destabilisierung des Regimes von Präsident Nadschibullah gesteigert. Zum Beispiel war der Abzug aller westlichen diplomatischen

Missionen ein offensichtlich kalkulierter Versuch, bei der Herbeiführung des Zusammenbruchs des Kabuler Regimes zu helfen.

Übertriebene Propagandageschichten waren immer ein Merkmal der Berichte aus Afghanistan und dies geht zweifellos weiter.

Trotzdem ist das Bild von Chaos und immer größerem Zusammenbruch, das aus den Fernsehberichten und seriösen kapitalistischen Medien entsteht, zu schlüssig, um ignoriert zu werden.

Nadschibullah behauptet trotzig, dass er die Mudschaheddin bis zum bitteren Ende bekämpfen werde. Er bekräftigt, dass er nicht zurücktreten werde, um Platz für eine Kompromissregierung zu machen. Er weist Behauptungen zurück, dass sein Regime am Rande des Zusammenbruchs stehe und erklärt, dass die afghanische Armee gestärkt worden sei. Er behauptet, Kabul werde mit russischer Hilfe weiterhin versorgt werden.

Aber die Mudschaheddin haben trotz ihrer internen Rivalitäten den Druck verstärkt, Kabul und anderen Städte zu belagern und Kabuls Rettungsleine, die Salang-

[Editorial in Militant, 10. Februar 1989]

Fernstraße abzuschneiden. Berichte zeigen Brot- und Erdölknappheit an.

Die Stadt ist durch über eine Million Flüchtlinge angeschwollen. Die großen Härten für Teile der Bevölkerung wurden durch einen außerordentlich kalten Winter noch schlimmer gemacht. Ein paar Berichte, die zweifellos dem Regime gegenüber feindlich sind, behaupten, dass Staatsbeamte und Armeeingehörige zunehmend ihre Posten verlassen.

Nadschibullah sagte kürzlich Journalisten: „Sicher, sicher — ich bin zuversichtlich“. Die Sprecher der westlichen Regierungen behaupten jedoch, dass seine Tage gezählt seien.

Egal wie sich die Dinge entwickeln, es gibt keinen Zweifel, dass die Lage einen kritischen Punkt erreicht hat.

Die verschiedenen Mudschaheddin-Gruppen sind durch den russischen Abzug ermutigt und haben ihre Offensive gesteigert. Sie sind in ihrer Opposition gegen das Nadschibullah-Regime einig und lehnen jetzt auch unnachgiebig die Teilnahme der herrschenden Partei, der Volkdemokratischen Partei Afghanistans (PDPA) in einer provisorischen Versammlung oder

Übergangsregierung ab. Nachdem die PDPA die russische Militärunterstützung verloren hat, sehen die Mudschaheddin keinen Grund zum Kompromiss.

Abgesehen davon sind die Mudschaheddin jedoch völlig gespalten. Es gibt sieben Gruppen mit Führern, deren Basis Pakistan ist, und acht Gruppen mit Führern im Iran. Sie vertreten verschiedene Teile der alten herrschenden Schicht Afghanistans und haben verschiedene reaktionäre Zahlmeister und Patrone im Ausland (wenn auch die meisten von ihnen einen Teil des Geldes und der Waffen der USA erhalten).

Sie sind nach örtlichen ethnischen und Stammeslinien gespalten. Manche von ihnen sind sunnitisch und andere schiitisch, viele von ihnen extreme islamische Fundamentalisten.

Rivalisierende Gruppen haben gegeneinander um Kontrolle über Gebiete und Beute ebenso sehr wie gegen das Regime gekämpft. Bis vor kurzem hatten manche Gruppen einen langen Waffenstillstand mit der russischen Armee. Diese „heroischen Widerstandskämpfer“ sind verantwortlich für einen großen Teil der eine Million Toten. Viele der sieben Millionen jetzt als Flüchtlinge lebenden AfghanInnen wurden von den barbarischen Aktivitäten der Mudschaheddin zur Flucht aus ihren Heimatgebieten gezwungen.

In den Mudschaheddin hat sich der Imperialismus ein Monster geschaffen. Der Führer einer Fraktion, der „gemäßigten“ Nationalen Islamischen Front mit Sitz in Pakistan griff seine schiitischen Rivalen an als „wilder als die Kommunisten, weil sie unter dem Deckmantel des Islam plündern und morden. Wenn sie die Macht übernehmen, wird das Blutbad weitere zehn Jahre weitergehen.“

Jetzt gibt es Zeichen, dass das Kabuler Regime in ernsthafter Gefahr ist, die Kontrolle über Schlüsselstädte im Süden und strategische Fernstraßen zu verlieren, die „Widerstands“bewegung bedroht das Land mit einer gewaltsamen und barbarischen Reaktion.

Das „Abkommen“ zwischen dem Imperialismus und der herrschenden Bürokratie der UdSSR wird keineswegs Frieden garantieren, sondern eine Periode von Bürgerkrieg einläuten, in der Afghanistan zwischen rivalisierenden Kriegsherren zerrissen werden wird.

Einmarsch

Wie ist diese Lage zustande gekommen? Warum hat die russische Führung ihre Kräfte, nachdem sie Weihnachten 1979 einmarschierten, so überstürzt abgezogen? Was wird das Schicksal des Regimes und der grundlegenden (wenn auch verzerrten) sozialen Veränderungen sein, die 1878-79 begannen?

Als die russische Bürokratie in Afghanistan einmarschierte, lehnte „Militant“ das ab. Alle durch die Verteidigung der Abschaffung von Großgrundbesitz und Kapitalismus in Afghanistan erreichten Errungenschaften wurden nach unserer Ar-

gumentation völlig durch die negativen Wirkungen auf das Bewusstsein der Arbeiterklasse international wettgemacht. Trotzdem argumentierten wird, dass es ein Fehler wäre, den Abzug der russischen Truppen zu fordern, nachdem sie schon reingegangen waren. Dies hätte in der Praxis bedeutet, die Mudschaheddin zu unterstützen, deren Programm der Wiedererrichtung mittelalterlicher Reaktion war.

Diese Analyse wurde durch die Ereignisse bestätigt. Die falsche Strategie der Kreml-Führung hat zusammen mit den in Afghanistan angewandten bürokratischen Methoden zur schlimmsten aller Welten geführt.

Als Breschnew den Einmarsch in Afghanistan befahl, erwartete er nicht die wütende Reaktion, die von den USA und ihren Verbündeten kam. Schließlich war Afghanistan selbst unter dem früheren bürgerlich-bonapartistischen Regime von Daud im russischen Einflussbereich gewesen.

Dass im April 1978 unter Tariki ein proletarisch-bonapartistisches Regime (eines auf der Grundlage von verstaatlichter, geplanter Wirtschaft, über die aber eine totalitäre Elite herrscht) an die Macht kam, überraschte den Kreml sichtlich. Aber als das Überleben des neuen Regimes durch seine eigene innere Zwietracht und der autokratischen Methoden des Aufzwingens der Revolution von oben bedroht war, fühlte sich die russische Führung gezwungen, zur Verteidigung eines Klientenregimes einzugreifen.

Die Bürokratie hatte kurz vorher Waffen und Wirtschaftshilfe geschickt, um die proletarisch-bonapartistischen Regime zu festigen, die in Angola und Mosambik die Macht übernahmen. Und in dieser Periode war Washington immer noch durch die Wirkungen der Niederlage in Vietnam von aktiver Intervention gegen revolutionäre Bewegungen abgehalten.

Der Einmarsch in Afghanistan kam aber, als es eine Verschiebung in der Position des US-Imperialismus gab. Unter Carter und besonders unter Reagan versuchten die USA, das „Vietnamsyndrom“ zu überwinden und ihre Macht in der Weltarena zu bekräftigen.

Der Einmarsch war eine goldene Gelegenheit, ein Propagandageschenk, das zur Anprangerung der „kommunistischen Aggression“ und Rechtfertigung eines neuen Spurts beim Aufbau von US-Waffenarsenalen und Schlagkraft verwendet werden konnte. Unter Breschnew war die russische Führung bereit, sowohl die Kosten des Krieges als auch die internationalen Auswirkungen durchzustehen. Aber seit 1979 hat sich die Stellung der Bürokratie auch geändert. Unter Gorbatschow war sie gezwungen, mit den Folgen des wegen dem bürokratischen Missmanagement zurückgehenden Wirtschaftswachstums der verstaatlichten Wirtschaft fertigzuwerden.

Militärausgaben, die etwa 15 Prozent der Produktion verbraucht hatten, waren eine ungeheure Last geworden. Die Bürokratie musste Ressourcen für die Modernisierung der Industrie finden und zugleich versuchen, den Lebensstandard der Arbeiterklasse aufrecht zu erhalten.

So versucht Gorbatschow, ein Übereinkommen mit dem US-Imperialismus zu erreichen. Er sucht verzweifelt Abkommen, die die zerstörerische Eskalation der Rüstungsausgaben verlangsamen sollen. In den letzten paar Tagen hat er eine Senkung des offiziellen Verteidigungshaushalts (der wirkliche Haushalt ist viel höher) der UdSSR um 19 Prozent angekündigt. Eine halbe Million Soldaten wird demobilisiert werden. Diese Kürzungen sollen sowohl die kapitalistischen Führer beruhigen als auch die öffentliche Meinung im Westen beeinflussen, um auf ihre Regierungen Druck zur Rüstungssenkung auszuüben.

In Gorbatschows Rechnungen ist das Halten der Stellung in Afghanistan gegenüber der Möglichkeit, mit der US-Supermacht und ihren kapitalistischen Verbündeten Abkommen zu erzielen, zweitrangig.

Sein Glaube, dass es möglich sein wird, eine dauerhafte Vereinbarung mit dem Imperialismus zu erreichen, ist jedoch eine Illusion.

Trotz allen Gesprächen und bisherigen russischen Zugeständnissen steigert die USA ihre Unterstützung für die Mudschaheddin in Afghanistan weiterhin.

Wenn sich die Krise des Weltkapitalismus verschärft, werden die grundlegenden sozialen Gegensätze zwischen Imperialismus und Stalinismus unausweichlich eine Rückkehr zu offen feindseliger Politik bedeuten.

Afghanistan ist auch nicht der einzige Rückzug auf Seiten der russischen Bürokratie. Der Kreml macht Druck, ein Abkommen mit den USA und Südafrika wegen Namibia zu erreichen. Er hat nennenswerte Unterstützung für das sandinistische Regime in Nicaragua zurückgehalten, das nahe am wirtschaftlichen Zusammenbruch ist. In Südostasien drängt die russische Führung auf den Abzug der vietnamesischen Kräfte aus Kambodscha/Kamputschea.

Abzug

Aber im Fall Afghanistans zieht sich die russische Bürokratie ohne entscheidenden Erfolg bei der Festigung des Regimes zurück.

In manchen Gebieten, besonders im Norden, wurde die Bodenreform erfolgreich durchgeführt. Sanitäre Verhältnisse und Gesundheitswesen wurden verbessert und die Stellung von manchen Teilen der Frauen hat sich ungeheuer verbessert. Bildung hat begonnen, den überwältigenden Analphabetismus der afghanischen Bevölkerung anzugehen. Aber die Fortschritte sind vereinzelt und nur die Unterstützung einer ziemlich dünnen Schicht der Gesellschaft wurde fest gesichert.

Die russische Bürokratie intervenierte zunächst wegen der plumpen bürokratischen Methoden des afghanischen Regimes.

In Gebieten, in denen es große Ländereien gab, erhielt die Bodenreform allgemein Unterstützung. In anderen Gebieten war die Lage aber komplizierter, es gab viele verschiedene Formen von Landbesitz, Pacht, Weiderechte und so weiter.

Das Regime versuchte, die Maßnahmen ohne den Aufbau von Massenunterstützung unter den BäuerInnen und Stammesangehörigen durchzudrücken und ohne die notwendige materielle Unterstützung, um den Erfolg der Maßnahmen sicherzustellen.

Die afghanische Gesellschaft war immer nach Stammesloyalitäten geteilt und Kabuls bonapartistische Methoden erzeugten in manchen Gebieten heftige Opposition. Keine Regierung in Kabul hat jemals mehr als lose Oberhoheit über das ganze Land ausgeübt. Dann erzeugte die Intervention eines ausländischen Invasoren, um das Regime in Kabul zu stützen noch weiter verbreitete Opposition von den verschiedenen Gesellschaftsgruppen und Stämmen.

Die russische Bürokratie hat großzügige Wirtschafts- und Militärhilfe gegeben. Sie zwang Nadschibullah, das „sozialistische“ Etikett aufzugeben, um seine Unterstützung zu verbreitern. Aber sie konnten immer noch keine feste Basis für ihn schaffen. Dieses Versagen hat dem Imperialismus einen fruchtbaren Boden bereitet, um religiösen und nationalistischen Widerstand aufzupeitschen.

Der russische Abzug unter diesen Umständen ist eine Niederlage für die Bürokratie. Dies wurde durch jüngste Erklärungen von Gorbatschow und Außenminister Schewardnadse unerschwerlich zugegeben. Einfache russische Soldaten gehen ohne jedes Gefühl von „revolutionären Errungenschaften“.

Aber der Vergleich zwischen der Niederlage der Bürokratie und der Niederlage des US-Imperialismus in Vietnam ist völlig falsch. Trotz der Kosten des Krieges, der 15.000 russischen Toten und vieler weiterer Verwundeter wird die Bürokratie nicht durch eine militärische Niederlage hinausgezwungen.

Gorbatschow und Co haben entschieden, dass es sich angesichts ihrer globalen politischen Ziele nicht lohnt, an Afghanistan festzuhalten.

Obendrein standen die USA in Vietnam einem vereinigten nationalen Kampf auf der Grundlage der sozialen Interessen der Bauernschaft, besonders ihrer Forderung nach Land, gegenüber. Der Lumpensack aus religiösen und Stammesgruppen, der den „afghanischen Widerstand“ bildet, ist unfähig, sich zu einer zusammenhängenden nationalen Bewegung mit gemeinsamen Zielen zu vereinigen.

Mit Geld und Waffen von ausländischen Patronen konnten sie das Regime in vielen Gebieten lähmen. Sie drohen jetzt,

Afghanistan in eine neue und noch blutigere Phase des Bürgerkriegs zu stürzen. Aber sie sind unfähig, selbst eine neue Regierung zu bilden.

Wird Nadschibullahs Regime überleben? Sein Schicksal ist klar in der Schwebe.

Gorbatschow und Schewardnadse versprechen immer noch nicht wankende Unterstützung. Aber in den letzten Wochen haben die Kreml-Diplomaten intensiv mit Mudschaheddin-Führern verhandelt. Sie haben die Idee einer Schura (Versammlung), die alle Gruppen einschließlich der PDPA vertritt, propagiert. Sie haben angedeutet, dass sie als Gegenleistung für eine neue Regierung unter Einschluss „guter Moslems“ (gegenwärtiger Nicht-PDPA-Minister) und ein oder zwei PDPA-Mitgliedern Nadschibullah aufgeben und ihn und sein Kabinett aus dem Land zu den Villen fliegen würden, die für sie schon in der UdSSR bereitstehen.

Zwar sind machen Mudschaheddin-Führer bereit, „gute Moslems“ zu akzeptieren, aber niemand ist bereit, Beteiligung der PDPA zu akzeptieren. So bleibt dem Kreml wenig Wahl als Nadschibullah die Treue zu halten. Ihm den Teppich unter den Füßen wegzuziehen würde jetzt zweifellos den völligen Zusammenbruch des Regimes einläuten.

Obendrein hat Nadschibullah immer noch die Unterstützung derjenigen die ein direktes Interesse am Regime haben, besonders Soldaten, Polizisten und Staatsbeamte, deren Kopf unter Henkersbeil kommt, wenn das Regime fällt. Viele afghanische Soldaten werden bis zum Schluss kämpfen, egal welche Zweifel sie haben, wenn die Alternative blutige Rache von Seiten der Mudschaheddin ist.

Es gibt jedoch wenig Zweifel, dass Moskau schon begonnen hat, Alternativpläne für den Fall aufzustellen, dass Kabul fällt. Es gibt Berichte, die andeuten, dass die Russen sogar während ihrem Abzug eine befestigte Enklave — in der ein zusammengestutztes Nadschibullah-Regime verteidigt werden könnte — um die nördliche Stadt Mazar-i-Scharif nahe der sowjetischen Grenze befestigen.

Teilung

Viele Regierungsbeamte und ihre Familien sind dorthin bezogen, zusammen mit einer großen Konzentration an afghanischen Soldaten; russische Waffen und Vorräte wurden da konzentriert und etwas russisches Personal bleibt vielleicht in dieser Gegend.

Dies ist die Region, in der die Bodenreform und andere Änderungen am erfolgreichsten waren. Die Landwirtschaft ist verhältnismäßig fruchtbar und das Gebiet hat Erdgasreserven. Dort hat auch der Großteil der jüngsten Industrieentwicklung stattgefunden.

Wenn Kabul fällt, würde die russische Bürokratie höchstwahrscheinlich die Fortsetzung des Nadschibullah-Regimes in dieser Enklave unterstützen, zumindest, um ihre entscheidenden strategischen Inte-

ressen in der Region zu schützen. Das würde praktisch die Teilung Afghanistans bedeuten.

Die Zone im Norden würde von einem proletarisch-bonapartistischen Klientenstaat der russischen Bürokratie kontrolliert. Der Rest des Landes würde zwischen rivalisierenden Kriegsherren aufgeteilt, die wiederum Klienten der USA, der pakistanischen herrschenden Klasse und des iranischen Regimes sind.

Schritte aus den Reihen der afghanischen Armeeoffiziere zur Entfernung Nadschibullahs sind auch möglich. Ein neues bonapartistisches Regime, das die PDPA zurückweist, könnte durchaus ein paar der Mudschaheddin-Führer einbeziehen. So sehr sie auch Kabul wollen, würde ein Frontalangriff durch gesplante Guerillagruppen zu einem schrecklichen Massaker führen.

Ein Militärputsch mit der Unterstützung von Teilen des Offizierskorps, der Freiberuferschlacht, Kaufleuten und einem Teil der Mudschaheddin-Führer könnte ein neues Regime in Kabul errichten. Die russische Bürokratie ist schon mit der Idee einer breiteren Regierung hausieren gegangen. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass sie ein neues bonapartistisches Regime unterstützen würden, vorausgesetzt, ihre strategischen Interessen an der afghanisch-sowjetischen Grenze würden gewahrt.

In solch einer instabilen Lage, bei der viele Faktoren unbekannt sind, ist es unmöglich, den wahrscheinlichen Gang der Ereignisse mit Sicherheit vorherzusagen. Was immer aber auch passiert, es scheint jetzt unvermeidlich, dass die 1978/79 eingeleiteten revolutionären Veränderungen in einem großen Gebiet von Afghanistan zurückgedreht werden.

Die Verantwortung für diesen Rückschlag liegt beim Stalinismus, der mit dem wirklichen Marxismus oder Internationalismus nichts gemein hat.

Wenn das gegenwärtige Regime untergraben wird, sei es nur in einem Teil des Landes, wird der soziale Fortschritt um viele Jahrzehnte zurückgeworfen werden. Herrschaft durch die Mudschaheddin bedeutet einen Rückfall in die Barbarei. Im Lauf der Zeit werden sich nach einer Periode schmerzlicher Reaktion die Bedingungen für eine neue Bewegung zur Veränderung der Gesellschaft entwickeln.

Aber die Lehre der letzten zehn Jahre ist, dass eine neue Bewegung sich auf eine Bewegung von unten stützen und die ArbeiterInnen, BäuerInnen und Stammesangehörigen Afghanistans mit einem marxistisches Programm mobilisieren muss. Die Revolution in Afghanistan muss durch eine internationalistische Perspektive mit dem Kampf der ArbeiterInnen und BäuerInnen in ganz Asien verbunden werden.

Um eine Revolution entlang von gesunden sozialistischen Linien zu sichern, muss die afghanische Revolution auch mit dem Programm der politischen Re-

volution in der Sowjetunion, Osteuropa und China zum Sturz der Bürokratie und

Errichtung von Arbeiterdemokratie verbunden werden.

Kevin Simpson: An der Grenze zum Krieg (Herbst 1998)

Der Mord an sechs iranischen Diplomaten und einem Journalisten durch einfallende Talibankräfte in der nordafghanischen Stadt Mazar-i-Scharif Anfang August steigerte die Spannungen in der instabilen Region Zentralasiens beträchtlich.

Mazar-i-Scharif war eine der letzten Städte, die gegen den Kampf der Taliban um völlige Herrschaft über ganz Afghanistan standhielten. Es war eine der Basen der oppositionellen Nordallianz, die teilweise vom Iran unterstützt wird. Es ist auch die Heimat der schiitischen Minderheit, die 20 Prozent der afghanischen Bevölkerung bildet. Seit der Einnahme der Stadt sind Berichte vom Massaker an Tausenden Schiiten durch mehrheitlich sunnitische Talibankräfte durchgesickert.

Die Antwort des iranischen Regimes war die Zusammenziehung von 270.000 Soldaten an der iranisch-afghanischen Grenze. Die Taliban wiederum schickten Tausende Soldaten zur Grenzregion. Die iranische Regierung hat die geschichtliche Spaltung in der islamischen Welt zwischen schiitischen und sunnitischen MoslemInnen genutzt, um beträchtliche öffentliche Wut im Iran über den Mord an den Diplomaten zu mobilisieren. Sie haben verlangt, dass die für die Tötungen Verantwortlichen an den Iran ausgeliefert werden.

Die Taliban verweigerten das und sagten sie würden Disziplinarmaßnahmen gegen die „abtrünnigen“ Truppen vornehmen, die die Morde begingen. Seitdem die Taliban an die Macht kamen, haben sie brutale reaktionäre islamisch-fundamentalistische Herrschaft eingeführt, die zum Verbot von Bildung für Frauen und jeder Äußerung von moderner Stadtkultur führten. Öffentliches Aufhängen, Auspeitschen und Steinigen werden von den Mullahs (Priestern) als Bestrafungsmethode für kleinere Vergehen verwendet. Als die Taliban Kabul, die Hauptstadt Afghanistans, einnahmen, hängten sie Fernsehgeräte an Laternenpfählen auf als Beispiel für das, was sie vom korrumpierenden westlichen Einfluss hielten.

Die Taliban stellen sich selbst als das einzige Beispiel wirklicher islamischer Herrschaft und Führer eines Weltkampfs für islamischen Dschihad oder Revolution dar. Sie tun das iranische Regime wegen seiner zu engen Verbindungen mit dem Westen und seiner schiitischen Bevölkerung, die von den „wahren“ Lehren Allahs „abweichen“ würde, als „reformistisch und degeneriert“ ab.

Alle umgebenden Länder in Zentralasien und der US-Imperialismus haben Interessen in Afghanistan. Der US-Imperialismus interessiert sich für das Öffnen von Erdölpipelines zwischen den ölreichen zentralasiatischen Republiken wie Turkmenistan und dem indischen Ozean. Dies würde die Durchquerung von afghanischem und pakistanischem Gebiet beinhalten. Die US-Gesellschaft Unocal hat jedoch ihre Pläne für den Bau so einer Pipeline nach den Bombenanschlägen auf die US-Botschaften in Tansania und Kenia aufgegeben, nach denen es US-Cruise-Missiles-Vergeltungsschläge gegen Ziele in Afghanistan gab. Die Heuchelei des US-Imperialismus zeigt sich daran, dass die CIA trotz ritueller Verurteilungen der „Menschenrechtsverletzungen“ der Taliban zusammen mit Ländern wie Saudi-Arabien die Talibanguerillas in ihrem Kampf gegen das von der Sowjetunion gestützte afghanische Regime finanzierte.

Pakistan ist tief in die Lieferung von Hilfe und Militärberatern für die Taliban verstrickt und hat auch Basen in ihrem eigenen Gebiet. Dies hat die Spannungen zwischen Pakistan und Iran gesteigert.

Zentralasiatische Staaten wie Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan fürchten das Wachstum der Taliban. Alle diese Länder haben entweder sunnitische Mehrheiten oder größere schiitische Minderheiten. Ihre Grenzgebiete sind schon durch Talibankräfte infiltriert. Ihre widerspenstigen Bevölkerungen, die wegen der Wirtschaftskrise, die diese Länder seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion verheert hat, am Boden sind und empört sind über die Korruption der mafiaartigen Elite, die sich Regierung schimpft, könnten einen fruchtbaren Rekrutierungsboden für die Taliban liefern. Als ein Ergebnis der wachsenden Instabilität in der Region hat das Jelzin-Regime auch Truppen in seine Grenzgebiete geschickt.

Länder wie Saudi-Arabien mit einer sunnitischen Mehrheit könnten in einer Lage von wachsenden Wirtschaftsschwierigkeiten wegen fallenden Ölpreisen und den Kloten des Golfkriegs auch betroffen sein. Die Verschwendung und Korruption der saudischen Königsfamilie hat schon zur Wiederbelebung von schlichteren islamisch-fundamentalistischen Oppositionsgruppen geführt.

Es ist aus politischen und wirtschaftlichen Gründen unwahrscheinlich, dass die iranische Regierung so weit gehen wird, in Afghanistan

[Socialism Today, November 1998] einzumarschieren. Das neue „gemäßigte“ Regime von Präsident Khatami, das bei den Wahlen letztes Jahr mit überwältigenden 75 Prozent der Stimmen gewählt wurde, versucht verzweifelt, wirtschaftliche Verbindungen mit den USA und Europa zu öffnen. Trotz der Existenz eines reaktionärer, konservativen Flügels der herrschenden Theokratie sind die praktische Aufhebung der Fatwa gegen den Autor Salman Rushdie und die Wiedererrichtung diplomatischer Beziehungen zu Britannien Anzeichen für die Absichten der iranischen Regierung. Die Wiederherstellung diplomatischer Verbindungen folgte der Unterzeichnung von Verträgen im Wert von 5,4 Milliarden Dollar zwischen der National Iranian Oil Corporation und einer britischen Firma IBC UK.

Die iranische Armee ist zwar viel größer als die Taliban, aber ein Einmarsch würde zu einer weiteren internationalen Isolierung des Iran führen. Militärisch wäre er Selbstmord — iranische Truppen wären in feindlichem Gebiet, wo die Guerillakräfte der Taliban im Vorteil wären. Es ist möglich, dass der Iran die Gelegenheit seiner Militärmanöver für Nachschub für seinen Verbündeten Achmed Schah Masud in der Nordallianz nutzen könnte. Masuds Kräfte machten kürzlich einen Raketenangriff auf Kabul, bei dem sie 65 Menschen töteten.

Das saudische Regime hat, wahrscheinlich unter Druck des US-Imperialismus, die diplomatische Anerkennung des Talibanregimes faktisch zurückgezogen. Dies ist ein Versuch, Druck auf die Taliban auszuüben und geht Hand in Hand mit Appellen aus Pakistan und Saudi-Arabien, die Anerkennung der Taliban zu unterstützen auf der Grundlage der Idee, dass Akzeptieren sie „gemäßigter“ machen würde.

Egal welche diplomatischen Manöver der US-Imperialismus durchführt, die grundlegenden Probleme in der Region werden bleiben. Die religiösen, sozialen und wirtschaftlichen Widersprüche in Afghanistan sind das Ergebnis der Intervention des Imperialismus und der reaktionären und feudalen Regime in der Region. Nur der gemeinsame Kampf der Arbeiterklasse und Bauernschaft in der Region kann die Grundlage für eine Bewegung für eine Lösung des brudermörderischen Konflikts liefern, der Afghanistan während der letzten zwei Jahrzehnte zerrissen hat.

Ted Grant: Afghanistan - warum die russische Bürokratie einmarschierte (Januar 1980)	1
Lynn Walsh: Afghanistan (Februar 1980)	4
LB: Invasion in Afghanistan erzeugt neue Krise in den Sekten (1. März 1980)	7
Lynn Walsh: Afghanistan: Können die Guerillas jemals gewinnen - Das Regime baut eine Unterstützungsbasis auf (Juni 1982)	12
Militant-Redaktion: Afghanistan nach den Russen (Februar 1989)	13
Kevin Simpson: An der Grenze zum Krieg (Herbst 1998)	16